

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1913

97 (26.4.1913) Erstes Blatt

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementspreis: Einzelst. monatl. 75 s., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 85 s.; am Posthalter 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 1/2 7 Uhr. Postfachkonto Nr. 2650. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 s. Lokalinserate billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/2 9 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Göt & Cie., Karlsruhe.

Unsere heutige Nummer umfaßt einschließlich der Unterhaltungsbeilage 14 Seiten.

Das große Geheimnis.

Die Mitglieder der Budgetkommission des Reichstags waren am Donnerstag vormittag zu einer streng vertraulichen Besprechung versammelt, die der Vorbereitung der Militärvorlage diente und in der der Reichskanzler, wie offiziell gemeldet wird, Aufklärungen über die auswärtige Lage gab. Es handelte sich nicht um eine eigentliche Sitzung der Budgetkommission, der alle Mitglieder des Reichstags als Zuhörer beiwohnen können, sondern um eine Geheimkunft, zu der nur die Geladenen — unter ihnen acht Sozialdemokraten — Zutritt hatten. Im Ganzen waren 28 Abgeordnete beisammen, denen nun angeblich die wahre und wirkliche Begründung der Militärvorlage gegeben worden sein soll, während den andern 369 zugemutet wird, ohne Kenntnis dieser intimsten und geheimsten Gründe über die Vorlage und womöglich für sie abzustimmen.

Die Sozialdemokraten, die dieser Geheimkunft beiwohnten, werden selbstverständlich von den schrecklichen Dingen, die sie dort gehört haben mögen, nichts verraten. Festzustellen aber ist, daß sie aus dem Sitzungsraum mindestens als ebenscharfe Gegner der Militärvorlage gekommen sind, als die sie in ihn hineingingen. Sie werden nach wie vor nach bestem Wissen und Gewissen die Ueberzeugung vertreten, daß für die gewaltigen neuen Rüstungen nicht der allgeringste äußere Anlaß vorliegt. Aber auch von den Mitgliedern der fortschrittlichen Volkspartei, die an der Geheimkunft teilnahmen, hat man nicht den Eindruck, als ob sie in ihrer Haltung, die auf eine höchst widerwillige und mißvergnügte Zustimmung zur Vorlage hinausläuft, durch die Darlegungen des Reichskanzlers befestigt wurden. Befestigt scheint nicht die Absicht der Zustimmung, sondern eher der Widerwille und das Mißvergnügen. Als überzeugt geben sich nur diejenigen Herren, die von vorneherein und unter allen Umständen bereit waren, sich überzeugen zu lassen: die Konservativen, die Nationalliberalen und natürlich auch das Zentrum.

Aus alledem ist mit der größten Sicherheit der Schluß zu ziehen, daß es mit dem großen Geheimnis dieser Geheimkunft genau das nämliche Bewandnis hat, wie mit den übrigen Vertraulichkeiten, mit denen die Regierung den Reichstag oder seine Kommissionen zu beehren pflegt. Das Geheimnis des Geheimnisses besteht eben darin, daß es ein Geheimnis überhaupt nicht gibt. Es soll nur nach außenhin der Eindruck erweckt werden, als ob die parlamentarischen Vorgänger nicht aus armeliger Untertänigkeit Ja sagten, sondern aus höchst bedeutungs- und geheimnisvollen Gründen, von denen der Böbel nichts erfahren darf. „Ja, wenn ihr wisst, was wir wissen!“ so wird mancher bewilligungsfreudige Abgeordneter seinen Wählern sagen, die ihn wegen seiner Stellung zur Militärvorlage angreifen. Aber das ist nichts als ein lächerlicher Schwindel. Der arme Teufel weiß über die Gründe der neuen Militärvorlage genau soviel wie seine Wähler: nämlich nichts!

Die Geheimkunft war weiter nichts als die theatralische Vorbereitung eines gleichfalls im Stillen von langer Hand vorbereiteten Beschlusses, den der Seniorenkongress am Nachmittage desselben Tages fassen sollte und nun tatsächlich gefaßt hat. Ursprünglich war beabsichtigt, die Beratung der Militärvorlage erst am 19. Mai beginnen zu lassen, und die Zweckmäßigkeit dieser Absicht wird noch in der Donnerstag-Abendausgabe der „Deutschen Tageszeitung“ eingehend dargelegt. Dieses konservative Blatt hielt noch am Donnerstagabend den 19. Mai für den richtigen Termin und bestritt lebhaft, daß in diesem sachlich begründeten Zeitplan irgend eine Absicht der Verschleppung liege. Inzwischen hat die bürgerliche Mehrheit des Seniorenkongresses unter dem Druck der Regierung beschlossen, die Kommissionsberatungen schon am Montag, den 28. April, beginnen zu lassen mit dem Ziel, womöglich noch vor dem 1. Mai zu einem grundlegenden Beschluß über den Artikel 1 der Militärvorlage zu gelangen.

Der Artikel 1 der Militärvorlage enthält die entscheidende Bestimmung, daß die Friedenspräsenzstärke des Heeres von 544 211 Mann auf 661 176 Mann, also um 117 965 Köpfe erhöht wird.

Die Militärverwaltung hat bei der Beratung ihres Etats eine Niederlage nach der andern erlitten. Unter dem Eindruck der sozialdemokratischen Angriffe, denen durch Liebknechts Enthüllungen die Krone aufgesetzt wurde, flaute die Stimmung für die Militärvorlage, soweit von einer solchen überhaupt die Rede sein konnte, sichtlich ab. Die Fortschrittspartei kam ins Wanken, und vom Zentrum wurde glaubhaft behauptet, daß es seiner süddeutschen Mitglieder nicht mehr ganz sicher sei. Nun kommen die Pfingstferien, aus denen die Abgeordneten, nachdem sie mit ihren Wählern Frühling genommen, sicher nicht bewilligungsfreudiger zurückkehren werden. Es kommt die Konferenz in Bern, deren Vorarbeit für friedliche Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich den Kriess-

und Rüstungsgeheimern schwere Beklemmungen verursacht. Die Regierung sieht Gefahr im Verzuge, und darum will sie die bürgerlichen Parteien noch vor den Pfingstferien für ihre Vorlage festlegen.

Auch die Militärlieferanten sind unruhig geworden. Sie haben sich auf das Riesengeschäft, das ihnen die Heeresvermehrung verspricht, schon vorbereitet. Sie sitzen am gedeckten Tisch und warten, daß ihnen aufgetragen wird. Der Fall Krupp, der zu neuer Bedeutung gelangte Skandal der „Waffen und Munition“ hat aber eine wahre Panik unter ihnen angerichtet. Die vom Reichstag eingesezte Untersuchungskommission bedroht sie mit neuen Peinlichkeiten. Je mehr von der Wahrheit bekannt wird, desto größer wird die Gefahr für die Militärvorlage und für ihren Profit.

Der Beschluß der Budgetkommission soll ihnen nun die Gewißheit geben, daß das Geschäft trotzdem gemacht wird. Ist dieser Beschluß gefaßt, so werden sie im Einverständnis mit der Militärverwaltung sofort mit Hochdruck zu arbeiten beginnen. Zur moralischen Festlegung der bürgerlichen Parteien tritt die materielle Festlegung der Militärverwaltung und ihrer Lieferanten. Noch vor Pfingsten soll darum die Sache soweit getrieben werden, daß es kein Zurück mehr gibt.

Die Geheimkunft vom 24. April, der Beschluß des Seniorenkongresses, der vorzeitige Zusammentritt der Budgetkommission sind weiter nichts als eine eilige Retungsaktion für die schwer gefährdete Militärvorlage. Das ist das große Geheimnis, das alle Welt kennt. Nur politische Kinder glauben an ein anderes!

Zur Berner Friedenskonferenz.

Der alte Vorsitzende der Schiedsgerichtsgruppe des französischen Parlaments, Senator d'Estournelles de Constant, hat einem Antrage über die Beteiligung der bürgerlichen Politiker Frankreichs an der Berner Konferenz folgende Auskunft gegeben:

„Ich habe das Prinzip dieser Konferenz ausgesprochen; ich habe in der Tat stets erklärt, daß von allen zwischen Deutschland und Frankreich anhängigen Streitfragen keine einzige durch den Krieg, aber alle auf gutlichem Wege, durch das Einberufen und die Zustimmung der beiden Parteien geregelt werden können. Wenn ich erst auf den freundschaftlichen Druck der „Petite Republique“ hin bekannt machte, daß meine Freunde und ich bereit sind, die Einladung des Bundesrats anzunehmen, so geschah das, weil ich erachtete, daß derartige Handlungen lange und genau vorbereitet werden müssen. Der Schritt ist ernst; man muß bei der Absicht dessen sicher sein, daß wir uns nicht umsonst bemühen, und daß man nicht den Mißerfolg ausbeuten wird, um uns zu necken oder gar zu mißhandeln. In Bern muß eine genügend starke Vertretung beider Parteien an Zahl und an moralischem Ansehen da sein. Auf französischer Seite ist das der Fall. Meine Gruppe, die nicht nur 500 Mitglieder, sondern auch Angehörige aller Parteien zählt, antwortete einmütig „Ja“ auf meinen Vorschlag, nach Bern zu gehen. Sie wissen, daß ich sie nie getäuscht, daß ich sie nie täuschen werde, weil ich mich ihrer nicht für mich persönlich bediene. Ich werde also meine Freunde nach Bern führen, wie ich sie zu einer pazifistischen Konferenz nach den Zwischenfällen von Transvaal und Jakhoda geführt hatte. Frankreich wird in Bern gut vertreten sein.“

Was werden aber die Deutschen machen? Wer von ihnen wird kommen, um mit uns zu sprechen? Das wissen wir nicht, und deshalb wollte ich bisher nichts sagen und habe mich nicht allzu sehr vorgeeigert. Ich habe übrigens Vertrauen und Hoffnung; auch jenseits der Vogesen sind die, die so denken wie ich und meine Freunde, zahlreich. Wir kennen uns und sind seit 1909 in Beziehungen, seitdem ich im Berliner Herrenhause empfangen wurde und dort sagte, was ich denke und was ich wünsche. Ich habe an alle geschrieben. Ich erwarte ihre Antwort. Alle fragte ich: „Wollen Sie, daß wir uns in Bern wiederfinden?“ Es sind aufgeklärte Männer, die imstande sind, auch in ihrem Lande den ungeschickten und tollen Chauvinismus aufzuhalten, der zwei Völker zum Ruin treiben würde. Ich erwarte zuverlässig, daß sie mir antworten: „Ja, aus vollem Herzen!“ Und daß wir dort gute Arbeit verrichten können.“

Schließlich sagte der ehrliche Friedensfreund, daß von Bern aus eine tatkräftige Aktion beginnen müsse, die durch ein ungeheures Gewicht angelegener Namen auch den Unvernünftigsten zwingen, sich dem Friedenswillen der Völker zu unterwerfen. Wie Genosse Dr. Weill in der „Humanität“ mitteilt, werden auch aus Deutschland sämtliche bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der Konservativen und Nationalliberalen in Bern vertreten sein. Es bleibt nun abzuwarten, ob sie damit den Völkern bloß eine Komödie vorspielen wollen, die ja sehr rasch durchschaut werden würde, oder ob sie allmählich selbst vor Rüstungswahnsinn und Prozentpatriotismus von Efel erfaßt werden.

Der Streit im Zentrum.

Der vielgerühmte unerschütterliche Zentrumsturm weist klaffende Risse auf, und beide Richtungen bezichtigen sich gegenseitig, die Fundamente dieses Turmes zu untergraben. Das offizielle Zentrum führt eine heftige Fehde gegen die Richtung, deren Sprachrohr die „Kölner Korrespondenz“ ist, der vorgeworfen wird, daß ihre Auslassungen vom „Vorwärts“, von der „Täglichen Rund-

schau“ und anderen zentrumsfeindlichen Blättern abgedruckt werden. Darauf antwortet nun die „Kölner Korrespondenz“:

„In den nämlichen Blättern haben wir Artikel der „Germania“, der „Kölner Volkszeitung“ u. a. gesehen. Die „Tägliche Rundschau“, der „Vorwärts“ usw. sind auf die „Kölner Korrespondenz“ wie auf die „Germania“, die „Volkszeitung“ u. a. Blätter abonniert, und wenn wir uns bemühen, die Wahrheit zu sagen, und das Recht zu vertreten, haben wir auch keine Veranlassung, zentrumsfeindlichen Blättern unsere Korrespondenz vorzuenthalten. Der Zentrumsstreit, den wir bedauern, existiert nun einmal. Er muß in der Öffentlichkeit ausgegossen werden, weil er durch die Kölnen in die Öffentlichkeit gebracht wurde, und weil diejenigen Zustände, die es angeht, und die darum angegangen wurden, sich auf eine sachliche Entscheidung bisher nicht einließen.“

Eine besondere Schärfe hat der Kampf in Schlesien angenommen. Wie es dort zugeht, das schildert die „Kölner Korrespondenz“ recht anschaulich, wie folgt:

„Die amtlichen Kreise erklären selbstverständlich, es handele sich lediglich um einige „Quertreiber“, die etwas Lärm machen, aber bedeutungslos sind und von der erdrückenden Mehrheit entschieden beurteilt werden. Als wenn das Groß der Wählerchaft überhaupt in der Lage wäre, zu einem Urteil zu kommen! Man trommelt die Scharen zusammen, erklart ihnen, die Katholiken würden in Deutschland wie Bürger zweiter Klasse behandelt, protestiert gegen das Jesuitengesetz, schildert das öffentliche Leben als einen Kampf um die Weltanschauungen, malt einen neuen Kulturkampf an die Wand, bringt die katholische Volksseele in Wallung und spricht Dinge aus, die zur Kölnen Richtung passen wie die Faust aufs Auge. Zwischenbüch wird natürlich über die besetzten „Quertreiber“ geschimpft, wobei der Schimpfer ebenso wenig wie das Publikum weiß, was diese „Quertreiber“ eigentlich wollen. Die Zuhörer trinten Bier und rufen Bravo, damit ist dann die einstimmige Beurteilung der „Quertreiber“ fertig. In Schlesien hat die Krisis nachgerade eine Verbitterung erzeugt, die stellenweise derart ist, daß der Zuschauer jeden Augenblick befürchtet, die Beteiligten seien im Begriffe, mit Messern und Revolvern aufeinander loszugehen.“

Die Reichstagskontrolle über die Rüstungen.

Zu dem Beschluß des Reichstags über die Untersuchungskommission sagt die „Frankfurter Zeitung“, daß Regierung und Reichstagsmehrheit anscheinend noch keine Ahnung davon haben, welche Erbitterung über den in der Rüstungsindustrie betriebenen „Patriotismus auf Aktien“ tatsächlich in ganz weiten Kreisen herrscht. Denn wenn sie es ahnten, dann hätten sie gestern nicht den einzigen Weg verschüttet, der dieses Mißtrauen einigermaßen wieder hätte beiseite räumen können: den Weg offener, rücksichtsloser Klärung der Tatsachen. Eine solche Kommission hätte nicht in die Exekutive eingegriffen. Der Reichstag, der die Militärvorlagen bewilligen soll, hat die Pflicht, sich vorher Klarheit darüber zu verschaffen, mit welchen Machinationen dividendenhungriger Geschäftsleute diesseits und jenseits der Vogesen die Agitation für diese Rüstungsvermehrungen angefaßt und geschürt worden ist. „Gibt es noch mehr von solchen und ähnlichen Briefen, wie ihn die Deutsche Waffen- und Munitionsfabrik geschrieben hat? Das ist es, was heute gegenüber dem neuerdings aufgestachelten Rüstungschauvinismus Millionen und Abermillionen in tiefem Mißtrauen fragen. Und wir beneiden wahrhaftig keinen Reichstagsabgeordneten, der für die jetzigen ungeheuerlichen Militärvorlagen seine Stimme abgeben will, bevor diese Frage beantwortet ist. Beantworten aber kann sie nur der Reichstag durch eine von ihm eingesezte Kommission. Bei Regierung und Reichstagsmehrheit — so sagt die „Frankfurter Zeitung“ — hätte der gute Wille gefehlt, den richtigen Weg zur Aufklärung zu geben. Die Regierung und ihr Gefolge aber werden den Schaden davontragen; denn die Untersuchungskommission ohne richterliche Kompetenzen, die nun vom Reichskanzler statt vom Reichstage einberufen werden wird, kann gar nicht das aufdecken, worauf es eigentlich ankommt. So wird sie das Mißtrauen auch nicht beiseite räumen, und bei allem, was sie etwa feststellt, wird man ihr entgegen: Wer weiß, was es alles noch außerdem gibt, was Ihr nicht gefunden habt! Dieses Mißtrauen wird bleiben und wachsen, bis die Forderung nach einer Verwirklichung des Reichstagskontrollrechts erfüllt ist, die nun nicht mehr aus der politischen Diskussion verschwinden wird.“

Deutsche Politik.

Zu den Enthüllungen über Krupps geschäftliche Praktiken. Am Reichstag ging das Gerücht, es seien in der bekannten Angelegenheit zwei weitere Beamte der Firma Krupp verhaftet worden. Etwas näheres konnte nicht in Erfahrung gebracht werden, da die maßgebenden Behörden in Efen die Auskunft verweigerten. Man kann daraus schließen, daß das Gerücht begründet ist.

Die Beihilfen an die Kriegsteilnehmer. Mit ungenobneter Schnelligkeit kann die Reichsregierung arbeiten, wenn sie will. Das haben wir bei den Behrordlagen gesehen. Unerwartet schnell hat die Regierung auch das Gesetz zur Unterstützung der Kriegsteilnehmer fertiggestellt, das der Reichstag allerdings schon seit langem verlangt hat. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom Donnerstag meldet:

Der angekündigte Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Gewährung von Beihilfen an Kriegsteilnehmer, ist vom Bundesrat angenommen worden. Die Vorlage sieht eine allgemeine 25prozentige Erhöhung der Beihilfen auf den Jahresbeitrag von 150 Mk. vor, führt die Gewährung des Gnadenverfahrens für die Witwen der Beihilfempfangen ein und mildert die Bedingungen für die Erlangung der Beihilfe insbesondere dadurch, daß deren Gewährung bei vorliegender, nicht nur auf vorübergehender Ursache beruhenden Unterhaltungsbedürftigkeit von dem Nachweis der Erwerbsunfähigkeit nicht mehr abhängig gemacht wird. Hervorgehoben werden Wünsche entsprechend fallen damit amtliche Feststellungen fort, die bei dem Alter der Kriegsteilnehmer nicht mehr am Platze sind; insbesondere erübrigt sich jede ärztliche Untersuchung. Nach ausdrücklicher gesetzlicher Vorschrift soll ferner die Feststellung der Fürsorgebedürftigkeit und das politische Verhalten der Kriegsteilnehmer außer Betracht bleiben. Endlich dehnt der Entwurf die Fürsorge des Reiches auf die ehemals französischen Soldaten elsaß-lothringischer Abkunft aus, die in den Jahren 1870/71 an den Kämpfen gegen die Eingeborenen in Algerien teilgenommen oder frühere Kriege Frankreichs mitgemacht haben. Elsaß-Lothringer, die sich am deutsch-französischen Krieg von 1870/71 auf Seiten Frankreichs beteiligt haben, bezeugen die Anwartschaft auf die Beihilfen bekanntlich bereits bisher.

Das Gesetz soll ein kleines Pflaster auf die Wunde sein, welche die Wehrvorlagen dem Volke schlugen. Darum die fähigste Arbeit. Daß die Beihilfen auch nach der angekündigten Erhöhung noch zu niedrig sind zum Leben, haben wir früher bereits hervorgehoben.

Ostpreussische Wahlen. Im Wahlkreis Olschko-Lhd. den die Nationalliberalen im Jahre 1910 bei einer Nachwahl verloren, sigen bei den letzten Wahlen wieder die Konservativen. Gewählt wurde der Gutsbesitzer Red, gegen dessen Wahl von nationalliberaler Seite Protest eingelegt wurde. Der Protest entrollte das übliche Bild ostpreussischer Wahlen, Bedrohung der Wähler mit wirtschaftlichem Nachteil, Einschüchterung rufführender Wählerkandidaten — Schnaps in großen Mengen. Nach der Protestbehauptung hat das konservative Wahlkomitee die Weisung an die Amts- und Ortsvorsteher gegeben, am Wahltag den Wählern tüchtig Schnaps zu spenden. Das Geld dazu, in einigen Fällen bis 200 Mk., gab die Wahlleitung der Konservativen. Die Wahlprüfungskommission des Reichstags beschloß Beweiserhebung. Die Prüfung der Wahl konnte noch nicht zu Ende geführt werden.

Das unbekanntere Brechen. Bei einem Festmahle, das die Zentrumsfraktion des preussischen Abgeordnetenhauses zum 30. Geburtstag des Abg. Borck veranstaltete, hat der Fraktionsvorsitzende des Reichstagszentrums Herr Peter Spahn in einer Rede nach der „Germania“ folgendes gesagt:

Lassen Sie mich zum Schluß die engen persönlichen Beziehungen, die zwischen uns bestehen, dazu benutzen, um darauf hinzuweisen, daß ein enges Band bestehen muß auch zwischen der Reichstagsfraktion und zwischen der größten Fraktion des Bundesstaats Preußen. Ich glaube Ihnen versichern zu dürfen und ich glaube, die Herren werden es mir alle aufrichtig beistimmen, daß wir zwei redlich bemüht sind, dieses Band zu festigen und zu stärken.

Die größte Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses ist nun noch immer die konservative. Da sich aber kaum anzunehmen läßt, daß Herr Spahn bei dieser Gelegenheit eine Rede auf den schwarz-blauen Block halten wollte, bleibt nur der Schluß übrig, daß der Vorsitzende der Zentrumsfraktion des Reichstags über die Verhältnisse im preussischen Parlament nur mangelhaft unterrichtet ist. Und das wäre gar nicht einmal so wunderbar, denn dank dem Wahlssystem, das das Wählen vereinfacht, ist die Bekanntschaft mit den preussischen Dingen selbst bei leidlich gebildeten und politisch interessierten Leuten erschreckend gering.

Mit bestrafte Soldatenmishandlung eines Leutnants. Der Leutnant de Maigière vom Infanterieregiment Nr. 92 in Braunschweig hatte eines Tages zwei Korporalschaften beim Exercieren recht empfindlich „gegriffen“. Er ließ die Leute erst zehn Minuten, darauf nach annähernd 30 Minuten in der Ankleidekabine stehen und Gewehrsübungen machen. Einer der mishandelten Soldaten trug von dieser Behandlung erhebliche gesundheitliche Nachteile davon. Das Kriegsgericht verhandelte den Fall hinter verschlossenen Türen und verurteilte den Leutnant zu — 10 Tagen Stubenarrest!

Die anhaltische Wahlrechtsvorlage wurde nach dreitägiger Debatte in zweiter Lesung angenommen. Die Regierungsvorlage wurde noch in verschiedenen Punkten berichtigt. Die Zahl der privilegierten Mandate wurde von 27 auf 29 erhöht. Die Einkommensgrenze, die die Wähler der ersten Abteilung von den Wählern der zweiten Abteilung scheidet, setzte man auf 8000 Mk. fest. In der Regierungsvorlage war ein Einkommen von 3000 Mk. als Grenze vorgesehen. Eine kleine Ver-

besserung besteht darin, daß in Zukunft alle Reichsangehörigen, die drei Jahre in Anhalt ansässig sind, wählen können. Nach der Regierungsvorlage sollten nur die anhaltischen Staatsbürger das Wahlrecht haben. Selbstverständlich wurden alle sozialdemokratischen und freimüthigen Verbesserungsanträge abgelehnt. Die Wahlrechtsdebatten trugen einen sehr heftigen Charakter. Am Montag hielt der fortschrittliche Abgeordnete Dr. Cohn längere Reden. Das paßte der Mehrheit und der Regierung nicht. Der Staatsminister gab bekannt, daß er sich infolge des Verhaltens des Abg. Dr. Cohn genötigt sehe, eine Revision in der Geschäftsordnung des Landtags zu beantragen, die solche „Obstruktionen“ unmöglich mache. Und die konservativ-nationalliberale Mehrheit jubelte dem Minister zu. In Zukunft wird also in dem anhaltischen Landtag nur noch abgefragt werden dürfen. Den größten Spektakel gab es aber am Dienstag. Der konservative Abgeordnete v. Krosigk warf dem Abgeordneten Dr. Cohn folgende Schimpfwörter an den Kopf: „Verleumder, Kommissionschwärzer, Bruchschwärzer“. Ferner forderte er die Regierung auf, gegen den freimüthigen Abgeordneten Güntter, der Lehrer am Seminar in Cöthen ist, wegen seiner antionarratischen Gesinnung ein Disziplinarverfahren einzuleiten. Der Abg. Güntter hat nämlich des „Verbrechen“ begangen, einen Antrag zu unterzeichnen, der dem Herzog von Anhalt das Recht nehmen will, das Präsidium des Landtags zu ernennen. Die gemeine Denunziation des Junkers v. Krosigk rief bei der Opposition große Entrüstung hervor. Der fortschrittliche Abgeordnete Aktl warf dem ehemaligen Blockführer vor, daß er ein Nachkomme jener adeligen Freysenräuber sei, die Rastenburg infamiert hätten. Der Staatsminister Lau erklärte, daß er nicht in der Lage sei, der Aufforderung des Herrn v. Krosigk Folge zu leisten. Das neue anhaltische Wahlrecht ist eine Verhöhnung des anhaltischen Volkes. Es ist ein würdiges Pendant zum preussischen Dreiklassenwahlrecht.

Ausland.

Österreich. Ein Junferparadies. Bekanntlich ist bei der Polenabgabe im preussischen Abgeordnetenhause dieser Tage auch über die galizischen Zustände gesprochen worden. Daß die preussischen Junfer wohl keinen Grund haben, sich über die galizischen Zustände zu entsetzen, darauf hat bereits Genosse Vorparat hingewiesen. Er soll aber noch hinzugefügt werden, daß infolge der Herrschaft der polnischen Junfer in Galizien in diesem Land die unglaublichsten Zustände herrschen. Beinahe 1000 Landgemeinden sind ohne Schule, mehr als 100 000 schulpflichtige Kinder ohne Schulunterricht. Der Samstagsdienst ist haarsträubend, die Volksgesundheit durch Wasserkontaminationen untergraben. Trotz reicher Kohlenvorkommen ist keine Industrie vorhanden, und die Wälder sind in barbarischer Weise verwüstet. Jedes Jahr wandert auf mindestens zehn Monate eine halbe Million erwerbsfähiger Männer und Frauen ins Ausland, und ein Universitätsprofessor hat berechnet, daß Galizien 1,2 Millionen „überflüssige“ Bevölkerung habe. Diese Angaben sind einem Artikel unseres polnischen Genossen, des Reichstagsabgeordneten Dasginski, über die Verletzung der geplanten galizischen Landtagswahlreform durch die katholischen Bischöfe entnommen. Er führt weiter aus, daß die polnischen Junfer, die Schladysgen, insgesamt 2000 Familien, in den letzten 50 Jahren aus den Tälern des Volkes an sogen. Entschädigung für die Aufhebung der Fronarbeit der Bauern, an Schnapslicenzabgaben und sonstigen Schnapsprozenten über eine Milliarde Kronen erhalten haben!

Italien. Abertennung des Offiziersrangs eines Genossen. Dem Militärattaché des „Avanti“, dem Oberleutnant G. D. Martini, ist soeben der Offiziersrang aberkannt worden. Seit vollen sieben Monaten schwärze gegen ihn ein Disziplinarverfahren wegen seiner Veröfentlichungen im „Avanti“. Das Ergebnis ist dem Offizier gar nicht offiziell bekannt gegeben worden: er selbst hat es erst in der Presse veröfentlichung erfahren. Als eine heimtückische Kränkung der Ehre des bejahrten Mannes ist es anzusehen, daß in der Bekanntmachung kein Wort über die Ursache der Abertennung gesagt wird. Wer Martini nicht kennt, kann den Eindruck empfangen, er habe betrogen oder gezeuget. Freilich wäre man dann wohl glimpflicher mit ihm verfahren. Uebrigens scheint man kein geschicktes Mittel zu haben, um unferren Genossen auch keine Pension abzuspreden: die nationalistische Presse hat sich um dieses elden Zweckes willen in Unkosten gefürzt, hat sich aber mit der Erklärung begnügen müssen, daß ein aus dem aktiven Heer ausgeschiedener Offizier seine Pension nur einbüßen kann, wenn er sich eines gemeinen Verbrechens schuldig macht. Wie schabel

Frankreich

Frangösische und deutsche Rekrutenzahlen. Unter dem Titel: „Die Sprache der Zahlen“ stellt Major Koffel in der „Humanité“ die Entwicklung des Rekrutierungsgebietes beider Länder zusammen. Es wurden Anaben geboren:

	Im Deutschen Reich	in Frankreich
1875	811 435	458 092
1891	890 125	405 449
1900	1 014 730	393 109

Auf 100 neugeborene frangösische Anaben kamen also im Jahre 1875 schon 179, im Jahre 1900 aber 253 deutsche. Entsprechend gestaltet sich das Verhältnis der Aushebungsgehälte. Es kamen zur Musterung:

	Im Deutschen Reich	in Frankreich
1875	845 858	390 933
1891	475 816	328 988
1901	503 452	328 846
1911	544 000	296 091
Für 1920 berechnet er:	594 000	299 000

Wie eine ständige Steigerung bis um über 57 Prozent von 1875 bis 1911 im Deutschen Reiche, dem noch empfindlicheren Steigen ein Rückgang und insgesamt in 36 Jahren eine Zunahme um 2 Prozent in Frankreich gegenübersteht. 1890 wurde Frankreich nur noch 45 Prozent der deutschen Rekrutenzahl musterbar können! 1875 kamen auf 100 frangösische Rekruten 119 deutsche — 1911: 183, 1912: werden es 215 sein!

Welche Folgerung ergibt sich daraus? Zunächst die, daß Frankreich, ganz abgesehen von allen sonstigen üblen Folgen der Dienstverlängerung darin nur ein vorübergehendes Stimmittel sehen könnte und notwendig später zu einer dies- und fünfjährigen Dienstzeit übergehen müßte, was unbedingt unmöglich ist. Frankreich muß auf dem Gebiete der Jugendkultur das Rennen aufgeben. Das einzige Rettungsmittel, solange die allgemeine Abwertung noch nicht durchgeföhrt ist, ist eine Aenderung des Wehrsystems: die „bepflichtete Nation“, d. h. die Volkswehr: jeder Mann wehrtauglich ausgebildet, jeder Zeit wehrbereit, ein Heer, das zu keinem Angriff, Eroberungs- oder Abwehrkrieg zu brauchen, aber im einen Verteidigungskrieg, zum Schutze des heimischen Bodens und der Rechte des Volkes unüberwindlich wäre. Aber das wollen die maßgebenden militärischen und Regierungskreise nicht. Mehr als den Landesfeind fürchten sie das eigene Volk. Darum geht das Bestreben auf dem alten Wege weiter — jedoch das Volk sich den veröfentlichlichen Maßnahmen weiter gefallen läßt und nicht auf beiden Seiten der Grenzsphäre durch Ablehnung der neuen Belastungen und energische Forderung gänzlichlicher Reformen die Militärverwaltung und ihre profitstüchtige Patzlohnheuschrecke, niederknügt.

Badische Politik.

In der Rolle der gekränkten Leberwurfs föhlt sich der „Bad. Landesbote“, weil wir seine mehr als sonderbare Haltung gegenüber der neuen Militärvorlage und den Fragen unserer auswärtigen Politik mehrfach kritisiert haben. Er bestreitet, die Militärvorlage für selbstverständlich gehalten zu haben. Das ist Wortklauberi. Wer — nach dem Zeugnis der „Karlsruher Zeitung“ für die Notwendigkeit der militärischen Riesenvorlage ein so „volkes Verständnis“ und einen „politischen Blick im höheren Sinne des Wortes“ befundet, der muß eine solche Vorlage für selbstverständlich halten. Dabei spielt die Frage, ob an der Vorlage Abstriche gemacht werden können, eine sehr untergeordnete Rolle. Freilich, der „Landesbote“ verjudt auch jetzt wieder sich mit der nichtsfagenden Phrase herauszureden, er habe nur für das „Notwendige“ plädiert. Das demokratische Blatt käme aber in die größte Verlegenheit, wenn es darüber, was „notwendig“ ist, ein Urteil abzugeben hätte. Es ist bei den Befürwortern der sinnlosen Militärerei Methode, sich hinter die militärischen Sachverständigen zu verchanzen; diese wissen aber erfahrungsgemäß selber nicht, was „notwendig“ ist. Noch vor 4 Monaten hat die Reichsregierung die „Notwendigkeit“ einer neuen Militärvorlage abgeleugnet. Die Wehrvereiner scharren jetzt schon wieder nach 6—7 neuen Armeekorps. Der Begriff der „Notwendigkeit“ ist also ein sehr relativer, darüber geben die Instäten so weit auseinander, daß derjenige, der sich auf diesen Begriff stützen will, jeden Boden unter den Füßen verliert. Freilich, der „Bad. Landesbote“ tritt auch für die

Der Baldamus und seine Streiche

Von Oskar Wöhrl.

26

(Fortsetzung.)

(Nachdr. verb.)

Der Mensch hat nur eine Heimat. Und niemand kann sie besser schätzen, als wer sie recht lange entbehren mußte. Einige Tage lang war es bei uns zu Hause so still, wie in einer Kirche, in der ein Wunder geschehen. Die Schwester und jüngeren Brüder waren so sorglich um mich bemüht, als sei ich von einer schweren Krankheit aufgestanden. Vater und Mutter pöppelten mich beim Essen wie ein Kind und schoben mir die besten Witten zu. Die anderen Tage hatte ich genug zu tun, das Dorf anzuschauen und bei Freunden und Bekannten Besuche zu machen. Freilich, wenn diese nun meinten, ich würde ihnen auspaden, wie dreißig und ekend mirs manchmal gegangen sei, so irrten sie sich. Würmer ließ ich mir keine aus der Nase ziehen. Wenn einer anzüglich wurde, hatte ich Mittel genug, ihn schnell abfahren zu lassen. Zwei Wochen später sagte die Mutter, es wäre Zeit, daß ich mich nach irgend einer Arbeit umsähe; die Leute hielten sich schon darüber auf, daß ich herumlaulenze. Ich müßte doch selber merken, daß es besser sei, wenn etwas mehr Geld ins Haus käme. In der Nähe wohnt ein Schulkamerad von mir; dessen Vater war Meister in einer Seidenbandfärberei. Diesen fragte ich, ob er etwas für mich hätte. Er sagte, ich könne am nächsten Montag eintreten, wenn ich wolle. Vorher müßte ich mir Holzschuhe kaufen und ein Ueberkleid. Am Montagmorgen ging ich mit zur Arbeit. Der Fabrikportier schrieb mich ein und gab mir eine Blechmarke mit einer Nummer drauf, die ich an einem Brett aufhängen mußte. Dann kam ich in einen kleinen Verschlag, wo ich mich umkleiden konnte. Raum war ich fertig damit, schritt ein Pfiff. Die Arbeit begann.

Der Meister wies mich einem älteren Färber zu, der mich anlernte. Ich kam kaum zur Bestimmung, so viel gab's

zu tun. Alles war mir neu: Das Gelärme der vielen Dampföhne, das Säusen der Schwungradmaschinen, das Klappern der großen Waschmaschinen. Dabei der ganze Raum dampferfüllt, kaum einen Schritt weit Aussicht, man stand wie im Nebel. Zuerst mußte ich helfen, Seidenbänder aus der Lauge zu nehmen. Diese wurden dann in einem Holztrög ausgewässert, von den Stöden genommen, ausgerungen und in der Maschine ausgegähungen. Dann wurden sie auf die Hänge getragen zum Trocknen.

Die Färberei beschäftigte etwa fünfhundert Personen, darunter viele aus meinem Ort. Auch solche, die früher mit mir zusammen zur Schule gegangen waren und längst ausgelehrt hatten. Besonders die hatten es auf mich abgesehen und peinigten mich, wo sie konnten, mit spizen Redensarten. „Handarbeiter hästest du auch so werden können. Dafür hätte es kein Seminar gebraucht.“ Derartige Sticheleien hörte ich den ganzen Tag. Dabeim heute ich oft vor Mut.

Die Mutter tröstete mich immer wieder. Sie sagte: „Schaffen ist keine Schande. Jede Arbeit ist ehrlich, du brauchst dich vor niemand zu schämen.“ Die Reibereien hörten nicht auf. So kam es zu einer großen Schlägerei. Auf dem Abort sagte einer: „Ei, schaut her, wir sind nobel geordnet. Jetzt kommen sogar durchgefallene Schulmeister.“ In diesem Augenblick aber war ich ihm schon an der Gurgel und schlug ihm mit dem Kopf an die Zementwand, daß der rote Saft spritzte. Auch mit den anderen, die ihm zu Hilfe eilten, wurde ich fertig. Ich stellte mich in die Ecke, so daß ich rückenfrei war und sie nur von vorn an mich konnten. Gleich den ersten beiden brachte ich gute Augensöße bei und als sich noch einige andere im Dreck wälzten und nicht mehr aufstehen konnten, ließ die Meute von mir ab. Ich ergrüßte dem Meister die ganze Geschichte. Der sagte, ich hätte ganz recht gehabt, nur müßte ich jetzt acht geben und über Basel heimgehen; die Klaudi würden mir gewiß aufpassen. Ich tat so, wählte jeden Abend einen anderen Weg und lief ihnen nie in die Hände. Am ganz gefichert zu sein, schaffte ich mir einen

Stummkittel an. Zwei Wochen darauf gab's wieder Gähnel. Während der Arbeit schlug mir einer hinterläs eine Kupferschafpe über den Schädel. Ich drehte mich um, packte ihn und war ihm in einen Trög Klarwasser. Darin tunkte ich ihn so lange, bis er um Verzeihung schrie. Die Direktion erfuhr von der Sache und wir beide betamen den Gelben, d. h. wurden Knall und Fall entlassen.

Zu Hause gab es große Augen. Doch fand ich in einer Baseler Färberei gleich wieder Arbeit. Der Lohn war sogar noch etwas höher. — Ich verdiente jede Woche achtzehn Franken. Zunächst kam ich in die Charge. Diese heißt so, weil darin die Seide chargiert, künstlich beschwert wird. Die Rohseide wird flottentwerfe an Bambusöhde gehängt und in siedenden Seifenbädern abgezogen; dabei verliert sie ihre gelbe oder graue Farbe und wird schön weiß. Nachdem sie abgezogen und ausgegähungen ist, kommt sie ins Binnbad und bleibt über Nacht liegen. Das Binnbad besteht aus Jinn, das in einer Säure gelöst ist. Diese Jinntheilchen setzen sich in die Poren der Seide und vermehren so ihr Gewicht. Aus dem Binnbad heraus kommt die Seide in besondere Maschinen und wird ausgegähungen. Diese Arbeit ist sehr ungesund. Die ganze Luft wird dabei mit Säure angefüllt, die sich beim Atmen schwer auf die Brust legt. Dann wird die Seide von den Waschmaschinen ausgewaschen, wieder getrocknet, kommt im Natronbäder, wird nochmals gewaschen und nochmals ausgegähungen. Dieses Verfahren wird wiederholt, bis die Seide die nötige Schwere hat. Den Abschluß bildet ein Wasserglasbad, bei dem sich das Wasserglas als schützende Hülle um die Seidenfäden legt und das Abspringen des Jinn und des Natrons verhindert.

Ist die Seide chargiert, so wiegt sie oft das doppelte als vorher. Seide wird nach dem Gewicht verkauft. Daher verdient der Fabrikant an dieser künstlichen Verchwerung; außerdem ist es ihm möglich, im Preis herunterzugehen. Freilich ist diese Seide nicht so haltbar, wie unbeschwerete. Auch das ist für die Produzenten von Vorteil. Je rascher der Verbrauch, desto eher muß er wieder liefern.

In der Charge hatte ich nichts zu tun, als auf dem

Notwendigkeit demokratischer Reformen ein. Allein damit ist es nicht getan. Wir werten tausend gegen eins, daß die Mehrheit der Fortschrittler schließlich für die Wehrvorlage votieren wird, auch wenn nicht ein Deut von demokratischen Formen durchgeführt wird. Man kann den militaristischen Wahnsinn eben nicht dadurch bekämpfen, daß man ihm fortgesetzt Konzessionen macht. Das ist eine geradezu sinnlose Politik. Entweder — oder!

Es ist auch nicht richtig, daß die Stellungnahme des „Landesboten“ sich mit der Rede des Abg. Müller-Meinungen deckt. Dieser hat eine Rede gegen die Militärvorlage gehalten. Während der „Landesbote“ die Begründung der Militärvorlage als zutreffend anerkannte, hat Herr Müller-Meinungen sie als durchaus unzulänglich bezeichnet. Er charakterisierte die Wehrvorlage als die kondensierte schlechte Diplomatie der letzten 20 Jahre und er ließ deutlich durchblicken, daß die Hege der Nordspatrioten die Wehrvorlage mit verfauldet hat. Die Haltung des „Landesboten“ steht auch im schreiendsten Widerspruch zu der der „Frankf. Zeitung“. Daher auch das auffallende, für ein demokratisches Blatt geradezu kompromittierende Lob der „Karlsruher Zeitung“. Die Haltung des „Landesboten“ in dieser Frage wird bis weit in die Kreise der fortschrittlichen Volkspartei hinein nicht verstanden, wenn auch die Kritik dagegen sich in der Öffentlichkeit nicht hervorragt.

Ferner, der „Landesbote“ hat gar keine Veranlassung, sich auf den Entwürfen hinauszuplätzen. Die Rolle, die er gegenüber der Wehrvorlage spielt, ist nichts weniger als demokratisch und fortschrittlich. Auch gegenüber den Liebfriedlichen Enthüllungen hat er eine — sagen wir einmal recht merkwürdige Stellung eingenommen. Es lag für ein demokratisches Blatt wirklich kein Anlaß vor, diese Enthüllungen zum Anlaß von Angriffen gegen die Sozialdemokratie zu machen und ihr parteipolitische Geschäftsmacherei zu unterstellen. Auch hier hat die „Frankf. Zeitung“ eine direkt entgegengesetzte Haltung eingenommen. Gewiß konnte der „Landesbote“ diese Enthüllungen nicht ignorieren und ihre Bedeutung nicht in Abrede stellen. Aber er konnte es sich nicht verkneifen, für die „Notwendigkeit“ der Wehrvorlage auch bei dieser Gelegenheit sich ins Zeug zu legen, und zwar mit wirklich recht nichtsjagenden Redensarten. Wie ganz anders hat die „Frankf. Zeitung“ diese Frage behandelt. Darüber schweigt der „Landesbote“ aber in allen Sprachen. Wir bleiben also dabei, daß der „Bad. Landesbote“ auf recht bedenkliche Abwege geraten ist.

Schwindelvirtuosität der Zentrumspreffe.

In der Nr. 88 der „Offenburger Ztg.“ vom 16. April ist unter der politischen Rubrik „Baden“ zu lesen: „... Vom Amtsbüroer bis zum Oberamtmann ist alles im Großblodlager; deshalb nicht verärgert, sie werden sich finden, vielleicht schon bei der nicht allzukunften Maifeier, welche dieses Jahr besonders feierlich unter Mitwirkung der Vorkämpfer von den Sozialen begangen wird.“

Die Gewissenlosigkeit einer solchen Hege kann nicht mehr übertrieben werden. Aber das alles geschieht „mit Gott für Wahrheit, Freiheit und Recht“.

Die Generaldirektion der badischen Staatseisenbahnen gibt bekannt, daß die infolge Neueinteilung der Bahnmeisterbezirke von einem Bahnmeisterbezirk mit höherem Grundlohn in einem mit geringerem Grundlohn zugeteilten Arbeiter bis auf weiteres ihren bisherigen Grundlohn unberührt weiter beziehen sollen.

Gegen den Mißbrauch der Religion

seitens der Zentrumspreffe wendet sich die katholische „Ständordnung“, indem sie schreibt:

„Diese Presse, welche sich in den bekannnten Kämpfen nicht genug tun konnte, den nichtkonfessionellen Charakter des Zentrums zu betonen, konnte man beim letzten Quartalswechsel ihrem nicht konfessionellen Programm unterwerfen. Wenn es um Sein oder Nicht-

sein geht, wenn das liebe eigne Portemonnaie die Kosten für eine Probe aufs Exempel tragen soll, dann ruft man doch lieber die Religion an, die die Abonnenten bisher so fest zusammengehalten hat. In zahlreichen Köln-Bladbader Blättern, die wir durchsahen, fanden die Abonnementsentladungen mit Hinweisen auf die religiöse Gefahr an. Die bekannnten Schlagworte „religiöse Kämpfe“, „katholische Kirche“, „stärkste Schutzwehr“, „katholische Presse“, „Verteidigung des Glaubens“, „treu dem katholischen Glauben“, „treu der Kirche“, „Katholikerverammlung“ usw., alle die bekannnten Waffen müssen dazu dienen, die Leser für den interkonfessionellen Kampf zu begeistern. In fast jedem der Blätter waren die Worte abgedruckt. „Es ist die Pflicht eines jeden Katholiken, die Presse mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen, vor allem durch Abonnieren.“ Ein Blatt befahl sogar die Unschicklichkeit, die Worte des hl. Thomas, daß niemand selig werden könne, der nicht etwas fürs Gemeinwohl getan habe, zu mißbrauchen, um Rufname für sein Zeitungsgeschäft zu machen. Wer kann es darum der gegenwärtigen Presse verargen, wenn sie auf diesen Mißbrauch der Religion zu geschäftlichen Zwecken gerade beim Quartalswechsel hinweist.“

Stimmt!

Den Wahlbezirk Donnerschingen

hofft das Zentrum bei der diesjährigen Landtagswahl den Nationalliberalen abnehmen zu können. Als Kandidat hat das Zentrum den Bürgermeister Kramer in Dachsheim aufgestellt.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 25. April.

Präsident Dr. Kämpf eröffnet um 12 Uhr 20 Minuten die Sitzung. — Am Bundesratsstisch ist Staatssekretär Dr. Solf erschienen. Auf der Tagesordnung stehen zunächst

Kurze Anfragen.

Auf Anfrage des Abg. Weill (Soz.) nach Verhandlungen zwischen den in Rufameun berechnigten Konfessionsgesellschaften und den verbündeten Regierungen erwidert Geheimrat Klein: Die Kolonialverwaltung hat Abmachungen getroffen nicht abgeschlossen. Sie ist aber entsprechend ihrer Aufgabe bei der zweiten Lesung des Etats bereit, jetzt Vorschläge der Gesellschaften entgegenzunehmen.

Auf die Anfrage des Abg. Mumm (B. Vg.) nach den Gründen des ergebnislosen Verlaufs der Brüsseler Spirituosenkonferenz 1912 gibt ein Regierungsdirektor die gewünschte Auskunft über die zwischen Deutschland und England gepflogenen Verhandlungen, die eine Festsetzung der Mindestsätze oder ein Verbot der Alkoholeinfuhr in den Kolonien bezweckten. Gegenwärtig wird versucht, Frankreich für das Abkommen zu gewinnen.

Es folgt die zweite Lesung des

Nachtragsetats für die Schutzgebiete.

Die Vorlage soll die Möglichkeit schaffen, die für die Schutzgebiete eröffneten Kredite je nach Lage des Geldmarktes durch Begebung von Schatzbons und vielleicht durch Gewährung von Reichsdarlehen zu realisieren.

Abg. Voske (Soz.): Es besteht die Gefahr, daß zum Beispiel bei einem großen Viehtierden erhebliche Reichsmittel verloren gehen, da der Landbesitz in Südwestafrika schon bis zur Höhegrenze delatet ist.

Der Nachtragsetat wird bewilligt und hierauf die zweite Beratung des

Etats des Reichsschatzamt

fortgesetzt. Zunächst wird über die von der Budgetkommission beantragte Erziehung einer neuen Direktorstelle im Reichsschatzamt abgestimmt. Die Abstimmung im Plenum ergibt einstimmige Bewilligung. (Heutezeit.) Beim Kapitel „Beihilfen für hilfsbedürftige Kriegsteilnehmer 33 Millionen“ wünscht

Abg. Krastadt (konf.) staatliche Unterstützungen auch für hilfsbedürftige Veteranenwitwen.

Schatzsekretär Kühn: Die kürzlich von mir in Aussicht gestellte Vorlage zur geordneten Regelung der Veteranenbeihilfe ist gestern vom Bundesrat angenommen worden.

Abg. Brandhoff (f. Vpt.): Wir werden gern an dem Zustandekommen des Gesetzes mitarbeiten.

Abg. Kospich (Vole): Eine gesetzliche Regelung ist notwendig, zumal ein polnischer Veteran wegen seiner politischen Ueberzeugung mit der Entziehung der Rente bestraft wurde.

Abg. Bärn (Vpt.): Ich hoffe, daß es gelingen wird, schon zum 1. Oktober alle Veteranen in den gesetzlichen Genuß der Beihilfe zu setzen. Gefinnungsschnüfferei darf nicht stattfinden.

Abg. Raute (Soz.): Die Veteranen verstehen es nicht, wie man ihnen bei der derzeitigen Teuerung eine so geringe Beihilfe geben kann.

Schatzsekretär Kühn: Das politische Glaubensbekenntnis der Veteranen hat außer Betracht zu bleiben. Dies ist in dem Gesetzentwurf gesagt. Was den Veteranen anlangt, der Hungers gestorben sein soll, so wurde festgestellt, daß dieser den Feldzug nicht mitgemacht hat. Er ist 1872 nur kurze Zeit Soldat gewesen. Die Veteranenbeihilfe konnte ihm daher beim besten Willen nicht gegeben werden.

Abg. Dr. Kohnmann (Zentr.): Öffentlich wird die Unterstützung ausreichend bewilligt.

Abg. Siebenbürger (konf.): Ich muß meine alten Kameraden darüber aufklären, daß das Vorhaben der Sozialdemokraten eine Farce ist. (Präsident Dr. Kämpf ruft diesen Ausdruck.) Dann sage ich: gemeiner Schwindel. (Große Unruhe und Lärm bei den Sozialdemokraten; Präsident Dr. Kämpf ruft den Redner zur Ordnung.)

Nach kurzer weiterer Debatte wird der Titel bewilligt. Beim Titel „Jubiläumsmünzen“ bedauert

Abg. Krenndt (Reichsp.), daß diese nicht in genügender Anzahl geprägt worden sind.

Abg. Schwarte-Lippstadt (Zentr.) wünscht Beseitigung der Fünfmarkstücke und der 25 Pfennig-Stücke.

Staatssekretär Kühn: Die 25 Pfennig-Stücke stehen in die Reichskasse zurück und werden aus praktischen Gründen nicht wieder ausgegeben. An Dreimarkstücken sind seit 1908 145 Millionen geprägt worden.

Darauf wird der Etat des Reichsschatzamt bewilligt, ebenso der Etat der Reichsschuld. — Beim Etat der allgemeinen Finanzverwaltung beantragt die Budgetkommission eine Resolution auf Beseitigung der sogenannten wilden Buchmacher und die Konfessionspflicht der Buchmacher. Mehrere Abgeordnete verschiedener Parteien, so weit sie Beizugewandten betreten, empfehlen eine Neuordnung der Zollverhältnisse des Einfuhrzolls auf Wein, Most, Schaumwein usw. und Einschränkung der Zolltarife für Auslandeinfuhr auf einige wenige, um dadurch eine eingehende Untersuchung zu ermöglichen.

Abg. Stolle (Soz.): Das System der Einfuhrzölle verneuert die Getreideverteilung ungeheuer zugunsten eines kleinen Kreises von Großagrarern.

Abg. Graf Kanitz (konf.): Meine gestrigen Ausführungen über die Getreidepreise sind durch nichts zu widerlegen. Unwahr ist es auch, daß im Osten Preußens der Großgrundbesitz überwiegt.

Abg. Fegter (fortsch. Volksp.): Nach dem Börsenbericht werden für Roggen und Weizen erheblich höhere Preise bezahlt, als Graf Kanitz angegeben hat. (Hört, hört! links.) Nach Beseitigung des Futtermittelzolls ist die deutsche Landwirtschaft imstande, das Volk mit Fleisch reichlich zu versorgen.

Abg. v. Schulze-Gaeverniß (fortsch. Vpt.): Die Macht der Agrarier wäre schon längst gebrochen, wenn es die Sozialdemokratie über sich bringen könnte, für den Militärkredit zu stimmen! Den Wingen ist mit der Herabsetzung des Weinzolles, wie sie die Sozialdemokraten wünscht, nicht geholfen.

Abg. Graf Kanitz (konf.): Die von mir angegebenen Weizenpreise entstammen dem amtlichen Königsberger Börsenbericht vom 22. d. M. (Hört, hört! rechts.) Die Herren Stolle und Fegter mühten ihre Reden einmal in Ostpreußen halten. Sie besorgten damit unsere Geschäfte.

Abg. Gothein (fortsch. Vpt.): Wenn die Weinbauern in schlechter Lage sind, so liegt das in unserer gesamten Wirtschaftspolitik. Der übertriebene Körnerbau führt zur Einschränkung der Viehzucht. Wir streben darnach, auch den Osten zu befehdeln; das liegt im Interesse der Landesverteidigung.

Abg. Gestermann (Vd., f. l. P.): Man muß auf die Durchschnittsgetreidepreise zurückgreifen, und da kann man nicht sagen, daß sich der Bauer unbedeutend bereichere. Auch der Osten ist berechtigt, sich eine Existenzmöglichkeit zu schaffen, und im Verhältnis dazu sind die Getreidepreise nicht übermäßig gestiegen. (Sehr richtig! rechts; große Unruhe links.) Selbst mein Landsmann, der fortschrittliche Abgeordnete Krömer, hat mir jüngst noch gesagt, auf die Getreidezölle könne der Landwirt nie verzichten.

Abg. Fegter (f. Vpt.): Die Interessen der Landwirtschaft liegen auf anderem Gebiet.

Abg. Graf Kanitz (konf.): Der Zolltarif ist nicht schuld an den hohen Getreidepreisen.

Abg. Krömer (f. Vpt.): Der Abg. Gestermann hat unsere Unterhaltung aus dem Zusammenhang gerissen. Im übrigen ist es nicht üblich, Privatgespräche parlamentarisch zu verwenden. (Sehr richtig! Auf: Unanständig!)

Abg. Gestermann (Vd.): Ein Vertretensbruch ist in meinen Ausführungen nicht zu erblicken.

Die Resolutionen betreffend die Weinbauern und die Buchmacher werden angenommen. Nach weiterer un-

Nur daß, wenn ich gestorben bin, Ein Denkmal sei, daß Kraft und Sinn Noch nicht zu Wilden und Barbaren Zu meiner Zeit entwichen waren.“

Wenige Monate vorher hatte (16. Jahrg. Neue Zeit, Bd. 2) Heinrich Ströbel das große Talent Arno Holz hervorgerufen, und in der Bremer „Bürgerzeitung“, die vor wenigen Wochen Holz ziemlich hart antrieb, konnte man im Dezember 1902 lesen, daß im „Phantasia“ des Arno Holz die Gedichte „in ihrer neuartigen Kürze innerlich mehr Poesie enthalten als ungezählte Bände beliebter Versschmiede.“ Im „Vorwärts“ verherückte Dr. Konrad Schmidt den Autor des „Buch der Zeit“ als Fortentwiler des Naturalismus und attestierte ihm, daß seine Rebellenlieder „von jugendlich kampftroster, revolutionärer Begeisterung erfüllt“ sind.

Nebenbei mag auch bemerkt werden, daß Gerhart Hauptmann sein Erstlingswerk „Vor Sonnenaufgang“ seinem Bahnbrecher Holz widmet und offen gesteht, daß er von dem Arno Holz entdeckten neuen Kunstgeheimnis die entscheidende Anregung zu seinem ersten naturalistischen Werke empfangen habe. Und ich wiederum kenne gute Parteigenossen, die durch die Gedichte Arno Holz' angeregt wurden, zur sozialistischen Literatur zu greifen und sich dem Sozialismus mit Kopf und Herz zu verschreiben. . . . Wer gelesen hat, wie Holz selbst in der Neuen Zeit über seine Arbeit urteilt und sein Schaffen bewertet (März 1899 und Juli 1899), wird das begreifen.

Fünf Jahre später brachte Holz nach jahrelangem Studium „Des berühmten Schaffers Dajnis selbst verfertigte, fämbliche Fress-, Sauff- und Venuslieder beneidete angefeindeten auffrichtigen und ruemühtigen Buchbräunen“ heraus, die in unserer Parteipresse als weit über alles, was in den letzten Jahren an ähnlicher Literatur erschienen war, gestellt und „als ein Buch von wahrhaft überdäumender Lebenslust“, „als ein Kunstwerk ersten Ranges“, „als „lyrisches Dokument von hohem kulturgeschichtlichem Interesse“ u. a. m. gefeiert wurde. Franz Dieckrich bescheinigte damals (Dezember 1904) dem Dichter, daß er mehr gegeben, als er versprochen, daß er als erster bewiesen habe, „daß auch das lyrische Mittel instand ist, die Arbeit des Dramas zu leisten“ und sagt dann:

„Die Anfänge des Holz'schen Naturalismus schöpfen ihre Eigenart und Kraft aus dem Prinzip, die mit unbedeutender Objektivität aufgefangene Wirklichkeit in der ungeschämten einfachsten Form reden zu lassen, jedoch als künstlerisches Ergebnis die Wirklichkeit des Lebens in natürlicher Lebendigkeit emporklautet. . . . Und das Daständige ist noch mehr. Es beweist, daß

Natronbad umzugehen. Die Arbeit war nicht schwierig, nur starke Arme erforderte sie, die Seidenhampeln hatten ein gehöriges Gewicht. Meine Mitarbeiter waren freundlich und gingen mir in allem zur Hand. Sie zeigten mir manche Kleinigkeiten, durch die ich mir das Schaffen viel leichter machte. Mich freute die Arbeit, besonders als mir einer den ganzen Zusammenhang erklärte. Am zweiten Tage fragten sie mich, ob ich organisiert sei. Ich sagte nein. Am Abend nahmen sie mich in eine Versammlung mit und ich ließ mich einschreiben. Ich war stolz, auf diese Weise selber etwas beizutragen, die Lage der Arbeiterschaft zu verbessern. Überall tat ich mit und fehlte in keiner Versammlung. Aber eines begriff ich nicht: warum denn immer auf die italienischen Arbeiter geschimpft wurde. Herrgott, das waren doch auch Menschen, die leben wollten und zum Leben gehört doch in erster Linie Verdienst. Warum sollten sie denn nicht bei uns suchen, wenn sie in ihrer Heimat nur erbärmlich bezahlt waren? Doch wenn ich damit herausrückte, hieß es immer: das verstehtst du nicht. Dazu bist du noch zu jung. (Fortf. f.)

Arno Holz in der sozialistischen Literatur.

Arno Holz, der heute vor 50 Jahren zu Rastenburg i. Ostpre. wurde, hat in einem Anflug von Dichtereitelkeit den Gratulanten die Laune verdorben. In der Sorge, die Zeitungen könnten vielleicht seinen 50. Geburtstag vergessen, beging er die Unvorsichtigkeit, aus einem Wuche, das ihn über das Wohlwollen anpreist und wie einen neuen Goethe anhimmt, einige „markante Stellen“ an zirka 300 Zeitungen zu jenden. Das hat man ihm mit Recht sehr verübelt, fernermalen wir Deutsche in Bezug auf das Eigenlob von mimosenhafter Empfindlichkeit sind.

Aber einige Blätter schütteten hierbei leider das Kind mit dem Bade aus und jagten auch dem Dichter Arno Holz, nicht nur dem überreifen Geburtstagsgäste, bittere Worte. Und das hat er, meine ich, der sich jetzt 15 Jahren den Entwicklungsgang dieses eigenartigen Künstlers mit besonderer Liebe verfolgte, nicht verdient! Im Gegenteil: Wenn man im laufenden und verflohenen Jahre Max Dreyer, Ludwig Fulda, Walter Lind und andere fünfzigjährige, sogar hirsche, den erst 40jährigen, in grenden Artikeln gefeiert hat, so sollten gerade wir das bei

Arno Holz erst recht tun. Er ist in unserer Literatur derart gut angeschrieben, daß es einfach nicht angeht, ihn wegen einer Eitelkeitslaune in den Augen unserer postbegeisterten Arbeiter herabzusetzen. Es sei mir gestattet, kurz aufzurufen, was die berühmtesten Feder der sozialdemokratischen Literatur bisher über den Verfasser des „Buch der Zeit“, des „Phantasia“, des „Klingensherz“ (alle gedruckt mit Preisen der Augsburger Schillerstiftung) Empfehlendes geschrieben haben.

Wenn Dr. Franz Dieckrich in seinem 1912 erschienenem „Von unten auf“ unsere Dichter einer „Literaturrevolution“ nennt, der „wichtige Arbeit für die Entwicklung des naturalistischen Stils geleistet“ habe, so deutet das die Wesensart Holz's nur so gerade an. Franz Mehring hat Arno Holz vor 15 Jahren in seinen „Meistlichen Streifzügen“ (Neue Zeit, 17. Jahrg., Bd. 1) insofern für alle Zeit den Ruhmeskranz geflochten, als er ihn den Wegbahner und Lehrer eines inzwischen berühmten Genordenen, nämlich Gerhart Hauptmanns, nannte. Damals wollte Partels, der „Verwidter“ Heinrich Heines, den etwas derb auftretenden Ostpreußen als „fomische Person“ abtun, worauf Mehring erwiderte, daß man diesen literarischen Wortführern eine unbediente Ehre erweisen würde, wenn man sie selbst als fomische Personen taxieren würde. Und dann konstatiert Mehring, daß ohne Arno Holz Hauptmann nie feiten Boden unter die Füße bekommen, vielleicht nie die Stärke seines Talents kennen gelernt hätte und nennt Holz ausdrücklich gegenüber dem hin und herlaufenden Gerhart Hauptmann einen „ganzen Keel“, einen ganzen Keel sowohl im Dichten als im Leben und fährt dann fort:

„Holz hat in ziemlich 15 Jahren, ewig ringend mit des Lebens nodter Notdurft, verhältnismäßig wenig geschaffen (1898!), doch sowohl sein Buch der Zeit, wie die gemeinsam mit Joh. Schlaf herausgegebenen „Neuen Klänge“, eine Sammlung dramatischer und epischer Stützen, sind die eigentümlichsten, die klassischen Leistungen des deutschen Naturalismus.“

Mehring erkennt in der Lyrik neben Holz nur einen einzigen Ebenbürtigen an: Detlev v. Liliencron: „Beide sind „einfame Menschen“ vom Volle der Dichter und Denker“ mit eifriger Raube zum Hungertode verdammt, aber fröhlich und wohlgenuth ihren dornenreichen Lebensweg daherziehend, „einfame Menschen“, nicht wie jener kindische Fehlschuss in Hauptmanns Schauspiel, sondern wie Friedr. Hebel dessen Bitte an die Muse Holz und Liliencron wiederholen können:

„Du magst mir jeden Kranz verjagen Wie ihn die hohen Künstler tragen;

Erheblicher Debatte wird der Rest des Etats erledigt, ebenso der Hauptetat und das Etatsgesetz.

Damit ist die zweite Lesung des Etats beendet. Entsprechend den mündlichen Berichten der Geschäftsordnungs-Kommission wird die Genehmigung zur Einleitung von Privatklagen gegen verschiedene Mitglieder des Hauses nicht erteilt.

Nächste Sitzung Samstag 10 Uhr: Veteraniengesetz, Petitionen, dritte Lesung kleinerer Vorlagen, dritte Lesung des Etats, namentliche Abstimmung über den Titel Kommandanturen. Schluß 1/2 Uhr.

Gewerkschaftliches.

Zentral-Verband der Maschinisten und Heizer. (Zahlstelle Karlsruhe.)

Sonntag, den 27. April, finden folgende Versammlungen statt:

- In Mörsch, morgens 9 Uhr, im „Linden“.
 - In Baden-Baden, morgens 10 Uhr, im „Elefanten“.
 - In Rastatt, mittags 3 Uhr im „Anker“.
 - In Daxlanden, mittags 3 Uhr, im „Grünen Hof“.
- Zahlreichen Besuch erwartet in allen Versammlungen. Die Ortsverwaltung.

Kommunalpolitik.

z. Sulach, 26. April. „Die Rabe läßt das Mausen nicht, und der „Rabische Landesbote“ resp. dessen Korrespondent aus Sulach — nicht das Schwindeln.“ In der Nr. 93 des „Landesboten“ (22. April) kommt sein hiesiger Schreiber auf unsere Ausführungen in Nr. 88 vom 16. April zurück und jammert über den „Ton“, der da angeschlagen worden sei. Er behauptet, die in unserem Artikel aufgeführten Behauptungen seien Selbsttäuschungen, Entstellungen und Unwahrheiten und ein Zentrumsflugblatt hätte herhalten müssen, um unsere Geistesarmut zu verdeutlichen. — Daß sich Gott über den allerweltgeschichtlichen Fortschrittler erbarmt! Warum hat man unsere „Selbstüberhebungen“, „Entstellungen“ und „Unwahrheiten“ nicht klargestellt, um damit unsere Geistesarmut zu beweisen? Da haperts eben! Man konnte eben die unwiderleglichen Beweise nicht bringen, deshalb verlegt man sich aufs Schwindeln. Der Herr sucht auch der ganzen Sache dadurch aus dem Wege zu gehen, daß er schreibt: „Weiter mit dem Artikelherrscher im „Volksfreund“ zu beschäftigen, wäre ihm zu viel Ehre angetan. Auf weitere Ausführungen lassen wir uns nicht mehr ein.“ So machens eben diese „anständig“ kämpfenden Herren immer, wenn ihnen die Nase auf ihre Schwindeleien geklopfen wird. — Daß die Geistesarmut nicht auf Seiten des Artikelherrscher im „Volksfreund“, sondern auf Seiten jenes Herrn im „Landesboten“ ist, das beweist auch die Behauptung, ein Zentrumsflugblatt hätte die uns herhalten müssen; der Herr glaubt, sich damit herauszubeißen zu können, indem er einfach das fortschrittliche Flugblatt als ein Zentrumsflugblatt bezeichnet, oder er weiß aber überhaupt nicht, was in jenem Flugblatt stand, das er doch auch mitteilt, fabrizieren. Dann möge er aber anderen nicht „Geistesarmut“ vorkalkulieren, wenn man selbst nicht weiß, was für einen Blödsinn man in die Welt hinausposaunt.

Staatliche Subvention einer Konfessionsschule. In der Bremerer Bürgererschaft erhaltete letzte Woche die Kommission, die zur Prüfung der Frage niedergelegt war, ob sich die Unterbringung der Kinder der beiden katholischen Volksschulen in die allgemeinen Schulen empfehle, Bericht. Sie empfahl, die Subvention, die im laufenden Jahre 56 000 Mk. betrug, und die um 8000 Mk. erhöht werden soll, auch fernerhin zu gewähren, da man fremdsprachigen Kinder — Polen — nicht gut mit den deutschen Kindern einschulen könne und auch die Gefühle der katholischen Mütter nicht verletzen dürfe. — Der sozialdemokratische Redner beantragte Aufhebung der Subvention. Konfessionelle Schulen seien zu verwerfen. Eine Verletzung der Gefühle katholischer Mütter könne durch die Subvention nicht gefunden werden. Man müsse sich in Bremen ja nicht fortgesetzt die Gefühle sozialdemokratischer Eltern durch Maßregelung mißliebiger Lehrer zu verletzen. — Der Hauptgegner des sozialdemokratischen Antrags, ein Schulvorsteher. — Als der bremische Liberalismus noch etwas liberale Überzeugung hatte, lehnte er eine Staatssubvention an die katholischen Gemeindedschulen ab, 1901 fiel er in dieser Frage zum erstenmale um, und feilher vertritt er fortgesetzt gegen das Prinzip der Einheitschule.

es möglich geworden ist, eine vergangene Kultur in ihrer eigenen Sprache, im ureigensten, intensivsten Lebensausdruck wieder erstehen zu lassen. ... Wie sei eine Aufgabe messerscharf gelöst worden als hier durch Holz usw. (Neue Zeit 23. Jahrg. Bd. 1.)

Zum 10jährigen Jubiläum des „Vor Sonnenaufgang“ trat in der Neuen Zeit Dr. John Schifowski energisch dafür ein, daß über Gerhart Hauptmann der weniger dem Glück begünstigte Arno Holz nicht vergessen werde und nannte ihn „den geistigen Urheber der ganzen modernen Literaturbewegung, auf dessen Schultern sich Hauptmann und die andern alle erst haben erheben können.“ (Neue Zeit, November 1899) Schifowski spricht ferner von der „revolutionären Mission Arno Holz“ innerhalb der deutschen Literatur und erklärt, durch seine Schichtenlehre „Papa Hamlet“ und das Drama „Familie Selide“ sei Holz „der formale Erneuerer der modernen deutschen Poesie geworden.“ ... „Und eines Tages las der deutsche Spieltheater in seiner Morgenzeitung, daß man, wie kurz vorher für den unpraktischen Dettel v. Sisencon, jetzt für den halbscharrigen Arno Holz Geldsammlungen veranstalte. ... Arno Holz ist als Dichter und Mensch eine Persönlichkeit, die in unserer Zeit nicht überleblich hat. Als Kritiker, Epiker und Dramatiker gleich begabt, ein glänzendes Formaltalent, gesund und unwillig, das Gegenteil der fin-de-siècle-Dekadenz, dabei geistvoll und von sprühendem Witz. ... So steht er da, innerhalb des geschäftigen literarischen Marktredens unserer Tage jederzeit bereit, für seine künstlerische Überzeugung zu kämpfen und zu leiden. Unbeugsam und stolz, ein Einsamer und Eigenen, richtet er seine Postkarte auf die nächste Zukunft.“

In zahllosen Architekturbüchern gehört das „Buch der Zeit“ zu den gelehrtesten Gebildewerken und in den Feilschriften unserer Partei ist auch Holz viel vertreten. Gratulieren wir ihm deshalb von Herzen, ihm, der die schönsten Worte für das Gesunde hat, was wir täglich unsern Feinden entgegenrufen:

„Ihr aber tut, als wäre die Welt noch da, die sie ebenfalls war; Ihr blickt eine Lüge und seht aus, als wäre sie wahr; Ihr seht die Welt und seht sie nicht; Ihr seht die Welt und seht sie nicht; Ihr seht die Welt und seht sie nicht; Ihr seht die Welt und seht sie nicht.“

„Ihr aber tut, als wäre die Welt noch da, die sie ebenfalls war; Ihr blickt eine Lüge und seht aus, als wäre sie wahr; Ihr seht die Welt und seht sie nicht; Ihr seht die Welt und seht sie nicht; Ihr seht die Welt und seht sie nicht; Ihr seht die Welt und seht sie nicht.“

R. A.

Theodor Lutz

In langen Wintermonaten, während welchen auch das unvergleichlich schöne Tal von Baden-Baden trüb gefärbte Stimmung beherrscht, ist der einst so stattliche Mann ganz langsam seinen völligen körperlichen Verfall entgegen gegangen. Seit einigen Wochen sah man das sichere Ende kommen.

Ein Mensch wie Theodor Lutz, von so seltenem Temperament, voller Lebensfreude und ausgegattet mit goldenem Humor, scheitert nicht gern aus dem Leben. Aber auf monatelangem Krankenlager ist er — fast bis zum letzten Augenblick im Besitz seiner geistigen Kräfte — am gestrigen Abend dem Todessturm erlegen. Es war ihm noch gegönnt, vor wenigen Tagen seinen 66. Geburtstag feiern zu können.

Die aufopfernde Pflege einer gütigen, aber energischen Frau, seiner treuberechtigten Lebensgefährtin, die im vielbewegten Leben dem geliebten Manne über allerlei Fährnisse tapfer hinweghalf, vermochte das Unabwendbare auch nicht mehr abzuhalten.

Theodor Lutz, Apotheker und Stadtrat in Baden-Baden, wurde am 16. April 1847 in dem romantisch im Einzel gelegenen württembergischen Schwarzwalddörfchen Neuenbürg als Sohn eines Rechtsanwalts geboren. Der Vater schon war freirechtlich gekümmert. Als junger Rechtsanwalt verteidigte er im Jahre 1848 vor dem Rotweiler Schwurgericht mit Erfolg mehrere Freiheitskämpfer.

Theodor Lutz besuchte die Lateinschule seines Heimatorts, später das Gymnasium in Stuttgart, absolvierte seine Lehrzeit als Apotheker in Ehningen bei Reutlingen und studierte dann in Tübingen weiter. Dort machte er die Bekanntschaft mit dem nachmaligen französisch-Sozialistenführer Baillant, den er 1869 wieder auf dem internationalen Kongress traf. Während seiner Gehilfenzeit kam Lutz in mehrere Orte Württembergs, nach Röll und zuletzt nach der bairischen und badiischen Pfalz. Kurz nachdem das Sozialistengesetz in Kraft getreten war, trat er und mit ihm gleichzeitig seine 3 Brüder, der sozialdemokratischen Partei über.

Im Jahre 1879 übernahm Lutz die kleine Landapotheke in Odenheim bei Bruchsal. Das Verdienst wurde dann die Zufluchtsstätte mancher verfolgter und erholungsbedürftiger führender Parteigenossen. Theodor Lutz übernahm damals auch in opferwilliger Weise den gefährlichen Posten eines „Zwischen-Expediten“ der sozialdemokratischen Feldpost. Der Aufenthalt in dem weltabgeschiedenen Odenheim ließ ihm auch Zeit zur Schriftstellerei. Er pflegte besonders das politisch-satirische Gedicht und zahlreich waren seine Beiträge dieses Genres in den Wigblättern „Nebelspalter“, „Pud“, „Wahrer Jakob“ und in süddeutschen Parteiblättern, die meist unter dem Pseudonym „Hans Kritzer“ erschienen.

Später gründete Lutz in Stuttgart ein Sanitätslager zum „Roten Kreuz“. Hier stand er in einer lebhaften politischen und Parteibewegung im Vordergrund und in freundschaftlichem Verkehr mit allen bekannten, führenden Parteigenossen des Reichs. Der „rote Apotheker“ ist in ganz Württemberg als bewährter Agitator und Redner hervorgetreten. Er hatte zahllose Kandidaturen bei den verschiedenen Wahlen inne und alle die vielen damit verbundenen Strapazen durchgemacht. In Stuttgart hatte er außerdem Hausjurisdictions, behördliche Verfolgungen und geschäftliche Drangsalierungen zu erdulden, die ihn in seiner wirtschaftlichen Existenz stark bedrohten.

Im Frühjahr 1889 gründete Lutz ein neues Geschäft in Baden-Baden, das sich infolge seiner Tüchtigkeit nach und nach zu einem weitbekannten, renommierten Unternehmen entwickelte. Unser Theodor konnte sich trotz der gesellschaftlichen und geschäftlichen Neigung, die er anfänglich auch in Baden seitens der Notabeln erfuhr, nicht dazu verleiten, auf seine politische Tätigkeit zu verzichten. Seine Überzeugungstreue und sein lebhaftes Temperament führten ihn mitten in die Parteibewegung. Als Reichstagskandidat des 8. Wahlkreises, einer der stärksten Zentrumsdomänen, erzielte er von Wahl zu Wahl sich steigende Erfolge. Das Vertrauen der Parteigenossen entfaltete ihn mehrfach zu deutschen Parteitagungen und zum internationalen Kongress in Paris. Später wurde er in Baden-Baden ins Stadtverordnetenkollegium und im Jahr 1911 als Stadtrat gewählt. Er entwickelte dabei eine reiche kommunale Tätigkeit in seiner neuen Heimat und zeigte großes Verständnis für die Bedürfnisse der internationalen Arbeiterstadt.

Theodor Lutz gehörte im Jahre 1903 für kurze Zeit als Vertreter von Karlsruhe-Land dem badischen Landtag an. Als Mitglied des Komitees für den Denkmalfund der im Jahre 1849 standrechtlich erschossenen Freiheitskämpfer war er ein lebhafter Förderer für die Errichtung eines Gedenksteines zur Ehrung der Gefallenen.

Am gestrigen Tag hat der unermüdete Mitarbeiter, der tapfere, verdienstvolle Führer und Parteigenosse, der liebestwürdige und humorvolle Mensch in seinem gastfreundlichen Haus für immer die Augen geschlossen. Wir alle sind dem entschlagenen Freund tiefen Dank schuldig.

Am Sonntag, nachmittags werden dem stürmischen Kämpfer viele von uns das letzte Geleit geben, hinauf zu dem auf herrlicher Anhöhe gelegenen Krematorium, wo sein Körper eingeholt wird.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 26. April.

Sitzung des Bürgerausschusses.

Fünf volle Stunden brauchte gestern der Bürgerausschuss, um einen einzigen Punkt der 8 Punkte umfassenden Tagesordnung zu erledigen. Um 1/2 9 Uhr wurde, nachdem dieser erste Punkt „Erstellung eines neuen Theaters mit Konzertsaal und einer neuen Ausstellungshalle“ unter Dach und Fach gebracht war, Vertagung auf Montag mittags 3 Uhr beschlossen. — Vor Eintritt in die Tagesordnung nahm der Oberbürgermeister das Wort zu zwei persönlichen Bemerkungen. Er hatte vor 8 Tagen während der Voranschlagsberatungen dem Stadtv. Genossen Schwall, als dieser sagte, der Großherzog zahle keine Umlage, spöttisch zugerufen, „das sollten Sie als Landtagsabgeordneter wissen, daß der Großherzog Umlage zahlt“. Gen. Schwall fühlte sich mit Recht durch diese Bemerkung verletzt, zumal dieselbe gleich in der Presse ausgeschlachtet wurde; er befand sich allerdings im Irrtum, da der Großherzog doch Umlage zahlt, allerdings nur von seinem Privatvermögen. Der Oberbürgermeister sah sich nun genötigt, seine beleidigende Äußerung zurückzunehmen und erklärte, daß es ihm ferngelegen habe, den Stadtv. Schwall zu verletzen. — Die zweite persönliche Bemerkung war ein Ausfall gegen die „Volksstimme“. Unser Mannheimer Bruderblatt hatte unter ausdrücklichem Hinweis auf den „Schwäb. Merkur“ als Quelle Anlaß genommen, in kritischen Bemerkungen, wie auch wir es übrigens gestern taten, auf den Widerspruch hinzuweisen, der zwischen den Äußerungen des Oberbürgermeisters im Bürgerausschuss in Sachen des Unfalls im Bierordtsbad und den Angaben des „Schwäb. Merkur“ bestand. Wir, wie auch die „Volksstimme“, mußten nach Lage der Dinge den „Merkur“ als absolut sicher informiert halten und mußten deshalb zu der Annahme gelangen, daß der Oberbürgermeister dem Bürgerausschuss, um der unangenehmen Sache aus dem Wege zu gehen, mehr mitteilte, als tatsächlich richtig war. Der Oberbürgermeister verließ nun im der gestrigen Sitzung ein Schreiben des Rechtsanwalts des Vaters des ertrunkenen jungen Mannes, aus dem allerdings hervorgeht, daß die Sache doch nicht so liegt, wie der „Schwäb. Merkur“ angab, es wird darin tatsächlich mit einer Schadenersatzklage gedroht. Unsere und die von der „Volksstimme“ gezogenen Weiterungen gegenüber dem Oberbürgermeister sind daher hinfällig. Als ungeschicklich und ungehörig müssen wir aber auch die gegenüber der „Volksstimme“ gemachten weiteren Äußerungen des Oberbürgermeisters bezeichnen. Die „Volksstimme“ hat sich ausdrücklich auf den „Schwäb. Merkur“ berufen, sie hat durchaus im guten Glauben gehandelt. Der Oberbürgermeister hätte Genug getan, dem „Schwäb. Merkur“ eine Nichtigstellung zu schicken. Seine Ausfälle gefehlt hätten sich zum mindesten ebenso stark gegen ein liberales Parteiblatt in Stuttgart richten sollen. Korrekt war sein Verhalten also auch gestern wieder nicht.

Nach diesem kleinen Vorpiel kam endlich der Theaterbau und die Ausstellungshalle an die Reihe. Den Standpunkt der Sozialdemokratie legte in überzeugender Weise Stadtv. Gen. Marum dar. Unsere Fraktion könnte im gegenwärtigen Augenblick einer Millionenvorlage nicht zustimmen, wo kaum acht Tage vorher der Oberbürgermeister die finanzielle Lage der Stadt in den düstersten Farben geschildert hatte.

Auch Gen. Stadtrat Dr. Diez beleuchtete mit beifolgendem Spott die widersprüchliche Haltung des Oberbürgermeisters, der auf der einen Seite mit der Behauptung, die Stadt habe kein Geld, um ihren Aufgaben nachkommen zu können, Straßenbahn und Elektrizitätswerk hergeben will, auf der anderen Seite aber nun zwei Millionen für ein Theater verlangt. Den Bürgerlichen war die konsequente Haltung der Sozialdemokratie äußerst unangenehm. Bittend und schimpfend verurteilten sie unsere Genossen unzulässig. Man sah ihnen die Angst an, nun allein vor der Öffentlichkeit die Verantwortung dafür tragen zu müssen, daß sie, ohne ein Gewissen sich daraus zu machen, trotz der schwierigen finanziellen Lage der Stadt zwei Millionen für ein Theater und eine Ausstellungshalle bewilligten. Unsere Genossen blieben aber fest. Die Vorlage des Stadtrats wurde schließlich angenommen. Für das Projekt der Ausstellungshalle stimmte auch die sozialdemokratische Fraktion, da deren Bau eine Notwendigkeit ist.

Oberbürgermeister Siegrist eröffnete nach 1/4 Uhr die Sitzung. Anwesend sind 96 Mitglieder.

Vor Eintritt in die Tagesordnung ergreift der O.-B. Siegrist das Wort zu zwei Bemerkungen. Die eine Bemerkung betrifft den vom ihm dem Stadtv. Schwall gegenüber in der Voranschlagsberatung vom letzten Freitag gemachten Vorwurf, „er (Schwall) sollte als Landtagsabgeordneter wissen, daß der Großherzog Umlage zahle“. Er erklärt, daß es ihm ferngelegen habe, den Stadtv. Schwall zu verletzen. Die Bemerkung sei eine sehr zarte gewesen. (Widerspruch bei der sozialdemokratischen Fraktion.) Stadtv. Schwall habe aus der Städteordnung auf dem Glauben kommen können, daß der Großherzog keine Umlage zahle.

Die zweite Bemerkung betreffe den Artikel in der „Volksstimme“, der sich mit dem Unfall im Bierordtsbad befaßte. Er nehme nicht an, daß ein Mitglied des Bürgerausschusses diesen Artikel verfaßt habe. Es werde ihm in dem Artikel unterblümt der Vorwurf gemacht, er habe den Bürgerausschuss angeleitet. Demgegenüber bringe er ein Schreiben des juristischen Vertreters des Vaters des verunglückten jungen Mannes zur Kenntnis. In dem Schreiben wird angefragt, ob die Stadtverwaltung geneigt sei, außergesetzlich die Sache zu regeln. Der Brief mache einen Schadenersatzanspruch geltend. Er hoffe, daß derjenige, der die Notiz geschrieben, oder die „Volksstimme“ selbst die Sache richtig stelle, damit er nicht selbst genötigt sei, durch einen Rechtsanwalt eine förmliche Anfrage an die „Volksstimme“ richten zu lassen. — Nach diesen Bemerkungen wird in die Tagesordnung eingetreten. Erörterung eines neuen Theaters mit Konzertsaal und einer neuen Ausstellungshalle.

Die Vorlage beschäftigte schon einmal den Bürgerausschuss, war aber damals vom Stadtrat zurückgezogen worden. Demals wurde die Zustimmung des Bürgerausschusses verlangt zu einem aus Anlehensmitteln zu bestreitenden Aufwande von höchstens 1 700 000 Mk. zur Errichtung eines neuen Gebäudes mit Theater und Konzertsaal an Stelle der badiischen Ausstellungshalle nach Maßgabe des Projekts der Firma Karzel u. Moser. Die um-

mehrige Vorlage verlangt die Zustimmung des Bürgerausschusses...

O. B. Siegrist empfiehlt die Annahme der Vorlage in längerer Begründung...

Stadt. Marum

Die Zustimmung der sozialdem. Fraktion zur Ausstellungshalle...

langen, die unseren Bedürfnissen entsprechen. — Stadt. H. Dietrich spricht sich gegen die Vorlage aus...

Es wird nun zur Abstimmung geschritten. Zuerst wird über den ursprünglichen Antrag des Stadtrats abgestimmt...

Dann wird über den Antrag des geschäftsleitenden Vorstandes abgestimmt...

wird der Antrag, dem Oberbauamt Billing die Arbeit zu übertragen, abgelehnt.

Der Punkt 1 ist damit nach fünfzündiger Sitzung erledigt — Die Fortsetzung der Beratung wird auf Montag mittig 3 Uhr verlagert.

In der vor Beginn der Sitzung stattgefundenen Ersatzwahl eines stellvertretenden Obmanns des geschäftsleitenden Vorstandes der Stadtverordneten wurde mit allen 24 abgegebenen Stimmen Stadt. Gen. Sauer gewählt.

Jugendauschau.

Für den morgigen Sonntag hat der Jugendauschau eine Tages- und eine Halbtagesstunde nach Kleinleinbad vorgelesen...

Studentische Volkserrichterkurse.

In einigen Tagen wird mit Beginn des Semesters auch die Tätigkeit in den studentischen Volkserrichterkursen wieder ihren Anfang nehmen...

Wie in früheren Jahren, so werden auch im kommenden Semester die bekannten Fächer im Unterrichtsplan erscheinen...

Zweck Schaffung einer Sportsede werden die Vertreter der Sportsvereine, soweit die Vereine dem Sportskartell angeschlossen sind...

Vergnügungen und Unterhaltungen.

Stadtgartenkonzert. Morgen, Sonntag, 27. d. M., vormittags 12-1/2 Uhr, wird im Stadtpark ein gütiges Konzert...

Arbeiterbildungsverein. Am Montag den 28. April, abends 8 1/2 Uhr, veranstaltet im Hause Wilhelmstraße 14 Herr Walter K. S. einen Kaffeeabend...

Vom Fußballsport. Auf dem Sportplatz an der Rinkheimer Straße stehen sich am Sonntag die 1. Mannschaften des Vf. B. Karlsruhe und Frankonia gegenüber...

Das Restbenztheater hat in sein neues Programm ein heftig spannendes Neuzugewonnen aufgenommen...

Kolossale. Das Gastspiel von „Jobs listiger Bühne“ neigt sich seinem Ende zu; mit dem Schluß dieses Monats scheidet auch die vorzügliche Künstlertruppe...

Neues vom Tage.

Hunde- und Katzenkader als menschliche Nahrung. Vor der Strafkammer des Augsburger Landgerichts hatte sich der Abbever- und Metzgereihilfs Stodert zu verantworten...

Zum Grubenunglück in Amerika.

Newport, 25. April. Ein Telegramm aus Pittsburg meldet, daß bei dem Grubenunglück in Finleville 120 Bergleute ihr Leben einbüßten. Hundert sind noch in der Grube eingeschlossen.

London, 25. April. Zu dem Grubenunglück in Amerika wird noch gemeldet: Die Regierungsjäger beauftragten die Rettungsarbeiten. Die ausströmenden giftigen Gase hindern diese außerordentlich.

Aus dem Lande.

Durlach.

Festhallkonzert. Auf das Konzert, das am morgigen Sonntag abend Gewerkschaftsartell und Bildungsausschuß in der Festhalle veranstalten, möchten wir wiederholt hinweisen.

Bruchsal.

Maifeier. Eine imposante Kundgebung sollte die diesjährige Maifeier werden. Die Vorbereitungen sind in vollem Gange.

Zur Geschichte Bruchsal's. Herr Prof. Dr. Mott-Karlsruhe soll nach einem Beschlusse des Stadtrats für Herausgabe seines Buches „Quellen zur Geschichte Bruchsal's“ ein Zuschuß von 500 Mk. aus den für diese Zwecke vorgesehenen Mitteln gegeben werden.

Bermittelt wird seit vorgestern morgen der verheiratete Finanzamtsschreiber Schädel von hier. Ueber seinen Verbleib konnten bis jetzt keine Spuren ermittelt werden.

Offenburg.

Aus der Geschäftspraxis der schwarzen Sekresse. Man schreibt uns: Aus dem Jahresbericht des Bad. Gewerbeaufsichtsamtes 1912 ergibt sich eine etwa 18prozentige Zunahme der Fälle, in welchen die Schuldkinder mit Austrägerdiensten ausgetauscht werden.

Immer zahlreicher wurden die Abonnenten, immer schwerer die Arbeit der Schülerin, die bis in die Nacht hinein in das Tal des Schwarzwaldes mit seinen zerstreuten Höfen die Gänge modern mußte.

gegen. So blieb das gekochte Geschöpf aus dem Hause fort, in dem es keine Jugendfreunde genof. Aus dem Krankenbause zu Gengenbach entlassen, durfte die Emilie von Amts wegen nicht mehr in den Zeitungsbetrieb zurück.

„In eigener Sache.“ Das ganze ist eine durchaus falsche Darstellung. Das Kind... trieb sich eine Zeitlang herum, bis man es nach langem Suchen fand, aber keineswegs mit erfrorenen Füßen, sondern wohlbehalten in einem Schopf, wo es in einem Bett übernachtet hatte.

Das ist eine Glanzleistung an schwarzer Verlogenheit in der Presse für Wahrheit u. dergl. In der Gerichtsoberhandlung, die der Ohsbacher Filiale des Zentrumsblattes wegen Ausbeutung eines armen Pflanzensammlers täglich in dem Gebirgsort ist festgelegt worden, daß das 10jährige Kind etwa 100 Exemplare des Zentrumsblattes täglich in dem Gebirgsort austragen mußte.

L. Die Edelweine des St. Andreasfonds, etwa 20000 Liter, waren am Donnerstag der öffentlichen Versteigerung ausgesetzt. Der Preisanschlag bewegte sich zwischen 65 und 150 Mk. pro Hektoliter.

L. Eine Verstärkung der Garnison ist in Offenbach zu erwarten. Außer dem 3. Bataillon des Regiments Nr. 170 kommen auch noch wesentliche Verstärkungen der Kompagnien in Petradt, ebenso der Einzug der Maschinengewehr-Kompagnie.

* Dwingen, 24. April. Gestern ereignete sich ein bedauerlicher Unglücksfall. Der ledige Eduard Schwan von Dwingen, wollte zur Hochzeit hierher fahren. Auf der ziemlich abfallenden Straße verlor er die Herrschaft über das Rad und wurde unterhalb des Hasler Hofes mit voller Wucht gegen einen Baum geschleudert.

Eggenstein, 24. April. Am Samstag, 26. April, abends 9 Uhr, findet im Gasthaus zum „Anker“ eine öffentliche Radfahrerversammlung statt, zu welcher sämtliche Radfahrer und Gönner freundlichst eingeladen sind.

* Weinheim, 24. April. Zu dem Zwischenfall zwischen Heidelberger Studenten und russischen Ingenieurstudenten, der sich in einer heftigen Wirtschaf ereignete, wird noch berichtet, daß das Weinheimer Bürgermeistertum den russischen Ingenieurstudenten Hans Wadromeff zu 30 Mk. Geldstrafe wegen groben Unfugs belegte.

* Mittenberg, 25. April. Der seit langer Zeit fränkliche August Hensch besuchte neulich vom hiesigen Krankenhaus aus seine Eltern in Reichenhausen. Auf der Rückfahrt erkrankte er nachts, künzte über eine Mauer hinunter und wurde erst zwei Tage danach halb erkrankt und bewusstlos dort aufgefunden.

* Schweiberg, 25. April. Von der hiesigen Strafkammer wurden die Studenten Barne aus Plate und Esberg aus Wolfenbüttel wegen Herausforderung zum Zweikampf zu je drei Tagen Festungshaft verurteilt.

* Schwör verurteilt wurde gestern nacht der Bremser M. Griebel aus Mannheim, der in Rangenhäusern zwischen Güterwagen und Verladerrampe eingeschmitten wurde. Der Verunglückte erlitt eine Brustquetschung und wurde ins hiesige Spital verbracht.

Landwirtschaftliches.

Die erste diesjährige Butterausstellung in den Räumen der landw. Schule Augustenberg findet am 17. Mai statt. Die Anmeldungen zu dieser Ausstellung sind bis längstens 8. Mai an den Volkereiverband Karlsruhe, Ettlingerstraße 59, einzuzulegen.

Der Balkan-Konflikt.

Österreich und der Fall von Sutaris. Wien, 25. April. In einer gestern abend im österreichischen Finanzministerium abgehaltenen Besprechung mit den Vertretern der Banken, die an der Begebung der österreichischen Eisenbahn-Anleihe beteiligt sind, hat der Finanzminister erklärt, daß durch den Fall Sutaris, mit dem hier geredet wurde, keine Aenderung in der äußeren Politik eingetreten und insbesondere kein Anlaß zu einer Störung des bisherigen Einverständnisses der Großmächte vorhanden sei.

Letzte Nachrichten.

Der Bergarbeiterstreik in Oberschlesien. Bentzen, 25. April. Bei der heutigen Frühjahrsfeier fehlten nach vorläufiger Zusammenstellung etwa 32000 Mann.

Die Wehrvorlage in der Budgetkommission. Berlin, 25. April. Die Budgetkommission des Reichstags beendete heute vormittag die streng vertrauliche Besprechung über die Wehrvorlage. Der Sitzung wohnten u. a. der Kriegsminister v. Seevingen und Unterstaatssekretär Bahnschaffe bei.

Die Auswanderung der Tripolitaner. Paris, 25. April. Aus Grabow wird gemeldet, daß 16000 Tripolitaner ihre Heimat verlassen haben und gegenwärtig in der Nähe von Djebelbab auf tunesischem Boden lagern. Obgleich italienische Sendlinge den Auswanderern vollständige Amnestie versprochen, weigerten sie sich, nach Tripolitanien zurückzukehren.

Zum belgischen Generalstreik. Brüssel, 25. April. Die Wiederaufnahme der Arbeit ist heute noch nicht vollständig durchgeführt worden. Im Westen von Charleroi streifen noch 22000 Berg- und Glasarbeiter, die erst am Montag die Arbeit wieder aufnehmen werden.

Die Präsidentschaftsfrage in Mexiko. Mexiko, 25. April. Felix Diaz und Francisco de Labarras sind von der Kandidatur für die Präsidentschaft bzw. Vizepräsidentschaft zurückgetreten, da der Kongreß die Festsetzung des Wahltermins verzögert.

Briefkasten der Redaktion. W. S. Nr. 100. Der Prozeß fand 1907 statt. Nach Breiten. Wir meinen, man sollte die Sache jetzt beurteilen lassen. Es hiesie dem Herrn doch zu viel Ehre angetan, wenn wir uns nochmals mit ihm beschäftigen würden.

Vereinsanzeiger. A. Mühlburg. (Bruderbund.) Männerchor sowie gemischter Chor treffen sich heute, Samstag abend 7/9 Uhr vor der Festhalle beim Bismarckdenkmal zwecks Übung eines Liedes.

Durlach. (Sängersektion des Arb.-Bund. Vordwärts.) Montag den 28. April, abends 7/9 Uhr, Gesangsprobe im Lokal. Sonntag abend 7 Uhr in der Festhalle Konzert, gegeben vom Kartell und Bildungsausschuß.

Durlach. (Arbeiter-Adolfshilfsbund Solidarität.) Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß am Sonntag Bezirksausfahrt stattfindet. Abfahrt punkt 12 Uhr vom Lokal ab. Am dortigen Tag wird die Ortsgruppenleiter.

Wasserstand des Rheins. 26. April. Schusterinsel 2.14 m, gefl. 11 cm, Reßl 3.08 m, gefl. 5 cm, Maxau 4.58 m, gef. 2 cm, Mannheim 3.90 m, gef. 12 cm.

Deutscher Bauarbeiter-Verband. Zahlstelle Karlsruhe. Todes-Anzeige. Wir setzen unsere Mitglieder von dem Hinscheiden unseres werthen Mitglieds Leopold Maier hierdurch gegiemend in Kenntnis.

Haut-Bleichercreme. Chlorox... bleicht Gesicht u. Hände in kurzer Zeit rein weiß. Vorzügl. erprob. mittel. Mittel geg. unglückl. Hautfarbe, Sonnenproben, Bebrüllte, gelbe Flecke, Hautunreinigkeiten.

Engel-Drogerie. Werderplatz 44. Telefon 1269. Karlsruhe • Inh.: H. Reichard, Apotheker • Karlsruhe empfiehlt zum Frühjahrs-Reinmachen: Reichard's staubverhinderndes Patent-Bodenöl à Liter 50 ¢

Wirtschafts-Übernahme und Empfehlung. Meinen werthen Stammgästen, Bekannten und meiner verehrlichen Nachbarschaft die ergebene Mitteilung, daß ich die Wirtschaft „Badische Krone“ frühere Auartenstraße 85, wieder übernommen habe.

Haut-Bleichercreme. Chlorox... bleicht Gesicht u. Hände in kurzer Zeit rein weiß. Vorzügl. erprob. mittel. Mittel geg. unglückl. Hautfarbe, Sonnenproben, Bebrüllte, gelbe Flecke, Hautunreinigkeiten.

Engel-Drogerie. Werderplatz 44. Telefon 1269. Karlsruhe • Inh.: H. Reichard, Apotheker • Karlsruhe empfiehlt zum Frühjahrs-Reinmachen: Reichard's staubverhinderndes Patent-Bodenöl à Liter 50 ¢

Wirtschafts-Übernahme und Empfehlung. Meinen werthen Stammgästen, Bekannten und meiner verehrlichen Nachbarschaft die ergebene Mitteilung, daß ich die Wirtschaft „Badische Krone“ frühere Auartenstraße 85, wieder übernommen habe.

WASCHBLUSEN

- Nr. 98 Hausbluse 95 gestreift, mit Tüllpassé
- Nr. 101 Batistbluse 115 mit hübschem Einsatz
- Nr. 108 Batistbluse 135 encour, mit reicher Passengarnitur
- Nr. 115 Hausbluse 145 mit hübscher Paspelgarnitur
- Nr. 118 Hausbluse 185 gestreifte Dessins, besonders solide Qualität
- Nr. 120 Batistbluse 250 mit aparter Faltengarnitur
- Nr. 118 Batistbluse 225 mit moderner Klöppelgarnitur

Jede Bluse wird ohne Preiserhöhung bis Grösse 54 geliefert.

Große Extra-Auslage in Waschunterröcken

- | | | | |
|----------------------------------------------------------|-----|------------------------------------------------------------|-----|
| Serie I
gestr. Siamosen
mit Volant | 95 | Serie II
hübsch gestr. mit
hohem Volant | 180 |
| Serie III
1a. Qualität mit
pliss. Volant | 220 | Serie IV
mit Faltenvolant
u. hübsch. Garnit. | 290 |

Jede Bluse wird eventuell kostenlos verändert.

- Nr. 126 Batistbluse 230 mit Tüllpassé und reicher Stickerei
- Nr. 180 Batistbluse 260 mit Rückengarnitur u. breiter Flachstickerei
- Nr. 145 Batistbluse 270 besonders hübsch ausgestattet
- Nr. 208 Batistbluse 295 Schultergarnitur und reiche Flachstickerei
- Nr. 168 Batistbluse 340 Rückengarnitur, sowie Valenciennes und Stickereieinsätze
- Nr. 265 Batistbluse 375 encour, apart ausgeführt
- Nr. 245 Batistbluse 390 encour u. Valenciennes u. Stickereieinsätzen

Paul Burchard Kaiserstr. 143.

Kinder-
Stroh-Hüte
für Knaben, Mädchen und Babys

Diese unsere Spezial-Abteilung enthält in der uns eigenen enormen Auswahl (von über 200 verschiedenen Sorten) die ausgesucht apartesten, aber auch schlicht vornehmen Neuheiten, sowohl in den feinsten wie einfachsten Geflechtsarten, zu sehr, sehr mäßigen Preisen.

Preislagen:

Mk. -.65 -.90 1.25 1.80 2.25 2.80 3.80 4.50

Ausgezeichnete Qualitäten
Moderne kleidsame Formen
Elegante Garnituren
Aeusserste Preiswürdigkeit
sind deren Vorzüge!

Hut-Modehaus
Wilh. Zeumer
Kaiserstrasse 125/127.

Verein z. Förderung d. Kaninchenzucht „Gut Wurf“.
Große Kaninchen-Ausstellung.



Samstag d. 26.,
Sonntag den
27. April, im
Gasthaus Jäh-
ringer Löwen,
verbunden mit
Prämierung u.
Verloofung.
Loose 10 Pfg.,
Eintritt 10 Pfg.,
Kinder frei.

629

Großes Preishegeln. Acht Preise!
Serie 3 Kugeln 20 Pfg.

Residenz-Theater
Waldstrasse 30. 635

Programm
nur für Samstag den 26. bis incl. Dienstag
den 29. April 1913, von 6 Uhr ab (Sonntags
von 2 Uhr ab).

Wurmstichig.
Sittendrama aus Berlin W. in drei Akten.
In der Hauptrolle:
Fräulein Erna Morena.
Ausserdem noch weitere 4 Nummern.

ELDORADO

vom 26. bis 29. April
Riesen-Programm
mit 15 Nummern.
Eldorado-Schlager
Adlig Blut u. Adlig Herz
Ergreifendes Drama in 2 Akten. 647

„Kaiserhof“ Grözingen.
Von Sonntag, den 27. April ab
Preis-Regeln

9 wertvolle Preise: 1 Fahrrad, 1 goldene Uhr, 1 Tafeluhr,
2 silberne Uhren etc. 640
Es ladet hoffentlich ein **Albert Wagner.**

Lichtiger jüngerer
Modellschreiner
findet lohnende und dauernde
Beschäftigung bei
Chr. Hafner 642
Modellschreineri m. Rasch-Verf.
Morgenstr. 29, 2. St. (bei
Kling) ist ein möbliertes
Zimmer billig zu vermieten.

Sieg- u. Sitwagen, gut er-
halten. 648
an verl. Kaufstr. 3, 2. St. l. R. Lauinaer. Marienstr. 75, 4.

Pfannkuch & Co

Neue
**Algier-
Kartoffeln**
3 Pfd. 40 Pfg.
10 Pfd. 1.30 Pfg.

Feinste
**Matjes-
Heringe**
Stück 15 Pfg.

Pariser
Kopfsalat
3 Kopf 35 Pfg.

Holländer
**Schlangen-
Gurken**
Stück 45 u. 50 Pfg.

neue
**Egypter
Zwiebeln**
Pfd. 7 Pfg.

**Schneide-
bohnen**
(Verhohlenen)
Pfund 18 Pfg.

Pfannkuch & Co
C. M. B. H.
In den bekanntesten
Verkaufsstellen

Rucksäcke 616
Gamaschen
Hosenträger
in reichster Auswahl und allen
Preislagen empfiehlt
Kofferhaus Gefam. 617
Klimm
Kronenstrasse 51.

**Sportwagen, poliert, mit
halten, Marke Brennar, billig
zu verl. Winterstr. 17, 4. St.
Seitenbau.**

Kinder-sieg- u. Sitwagen
gut erhalten, billig zu verkaufen!
Watenstr. 1, 3. u. 4. St. links.

**Große Posten bessere
Herrenkleider-
stoff-Reste**
sowie
Coden- und 605
Kostüm-Reste
sind enorm billig abzugeben
Kaiserstr. 133, 1 Tr. hoch
Ecke Kaiser- und Kreuzstraße
Eingang bei der kleinen Kirche.

Wilh. Eckert,
Uhrmacher, Marienstr. 20,
neb. dem Apollo-Theater
empfiehlt sein Lager in
Taschen- u. Wanduhren.
Billige Reparatur-Werk-
stätte, Trauringe, 8 u.
14 Kar. gestempelt, das Paar
b. 12-27, Brillen u. Zwirg.

Sozialdem. Partei
Karlsruhe.

Maifeier 1913

in der
städt. Festhalle.

Donnerstag, den 1. Mai, vormittags halb 11 Uhr:

öffentliche Versammlung

Referentin: Genossin Klara Zetkin aus Stuttgart.

Abends 8 Uhr:

FEST-FEIER

unter gefl. Mitwirkung der Arbeitergesangvereine, der Freien Turnerschaft, sowie des Arbeiter-Radfahrer-Vereins.

Zum Schluss: BALL.

Wir laden hierzu die Genossinnen und Genossen zu zahlreichem Besuche freundlichst ein.
Der Vorstand.

Bei dieser Veranstaltung sind lebende rote Nelken, Maifestabzeichen, sowie Ansichtspostkarten an den Eingängen erhältlich.

Programme für Herren à 30 Pfg., für Damen à 20 Pfg. berechtigen zum Eintritt und sind zu haben:

Bei den Vorsitzenden der Arbeiterkorporationen; Fahrradhaus „Frisch auf“, Amalienstrasse 22; in den Restaurationen Eiche, Augartenstrasse; Schaufelberger, Winterstrasse; Auerhahn, Schützenstrasse; Schrumpel, Durlacherstrasse; Gewerkschaftszentrale, Kaiserstrasse; Palme, Lessingstrasse; Neuer Saalbau, Mühlburg; in den Zigarrengeschäften Kurzmann, Ruppurrerstrasse; J. Brehm, Schützenstrasse; Expedition des Volksfreund, sowie abends an den Kassen.

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verw. Berufsgenossen.
Verwaltungsstelle Karlsruhe. — Büro: Bachstr. 69.

Montag, den 28. April, abends gleich nach Feierabend, in der „Wacht am Rhein“, Gartenstraße

Betriebs-Versammlung
des Personals der Brauerei Schrempf.

Tagesordnung:

Die Befehlsungen der gesamten organisierten Arbeiterschaft innerhalb und außerhalb der Brauerei durch den Brauer Füllgraf und welche Schritte sind gegen dieses Verhalten zu unternehmen.

Referent: Geschäftsführer S. Sitz.

Zu dieser Versammlung ist die gesamte Arbeiterschaft der Brauerei Schrempf eingeladen und wird deren vollzähliges Erscheinen bestimmt erwartet, da wichtige Beschlüsse in dieser Sache zu fassen sind.

Der Vorstand.

Arbeiterbildungs-Verein. (C.V.)

Montag, den 28. April, abends halb 9 Uhr im Saale unseres Hauses, Wilhelmstraße 14.

Rosegger-Abend

veranstaltet von Herrn Walter Förster.
Der Besuch der Vorträge ist unentgeltlich. Gäste sind willkommen. Wir laden ergebenst ein

Der Vorstand.



Ich bin
überglücklich

über das 681

Frühjahrs-
Angebot

der Nord.

Stahlgesellschaft
m. b. H.

Kaisersfr. No. 81/83
Karlsruhe i. B.

„Nordland“-Fahrräder mit 3jährig. Garantie 49.-

Table listing bicycle parts and prices: Laufdecken, Sattel, Hosenklammern, Fusspumpen, Gebirgsdecken, Korkgriff, Luftschiache, Rucksack, Kerzenlaternen, Glocken, Oellaternen, Fusshalter, Acetylenlaternen, Gummilösung, Fahrradschlüssel, Revolver, Schutzbleche, Reibrädchenfeuerzeug.

Reparaturen werden schnell u. billig ausgeführt

Advertisement for Ittmann furniture and clothing. Text includes: 'Jedem Arbeiter, Handwerker, Beamten liefert Ittmann bei sehr kleiner Anzahlung Möbel, Betten, Aussteuern, Wohnungs-Einrichtungen. Moderne Herren-Konfektion. Hübsche Knaben-Garderobe. Schicke Damen-Konfektion. Sämtliche Manufaktur- u. Weißwaren, Leib- u. Bettwäsche, Portieren, Teppiche, Gardinen, Linoleum. Herren- und Damentiefel. Denkbar grösste Auswahl in allen Abteilungen. Sehr leichte Abzahlungen 14-tägig oder monatlich. Kredithaus Ittmann Karlsruhe, Rondellplatz.'

Advertisement for Metropol Theater. Text includes: 'Metropol Theater Schillerstrasse 22 Ecke Goethestr. Ununterbrochen Vorführungen, Werktags von nachm. 4 Uhr bis abends 11 Uhr. Sonntags ab 2 Uhr. Besonders hervorzuheben ist: Der Kaufmann von Venedig!! Drama in 2 Akten, ein Meisterwerk der Kinokunst. Ausserdem noch 8 weitere hervorragende Nummern. Voranzeige! Ab Samstag den 3. Mai: der Film von der Königin Luise. III. Abteilung: Die Königin der Schmerzen. Ich kaufe und verkaufe fortwährend getragene Herren- u. Damenkleider, Schuhe und Stiefel, aber nur gute Sachen, zu billigen Preisen. 11 Wilhelm Schwab Durlacherstrasse 85. Gartenstr. 68 (Eing. Lessingstrasse), 5. St. links ist ein möbl. Zimmer zu vermieten. Drucksachen rasch und billig Druckeri Volksfreund.'

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe. Geburte u. Tote 22. April: Bernhard Enseling von Wierien. Schloffer hier, mit Josefine Kuhn von Hagenbach. — 23. April: Gottlieb Ochs von Hamburg, Buchdrucker hier, mit Anna Münd von Wagenschwend; Eduard Floch von Harthausen, Schuhmann hier, mit Anna Henrich von Harthausen; Friedr. Wohlhart von Rittersbach, Bierführer hier, mit Christiane Ringinger von Engweihingen; Josef Lang von Hörden, Lokomotivbeizer hier, mit Maria Wader von Sulz; Gustav Schill von Konig, Wieselweibel hier, mit Katharina Seidl von Orthofen; Karl Fritsch von hier, Kaufmann hier, mit Frieda Simon von hier. Geburte u. Tote 17. bis 20. April: Cäcilia Marianna, Vater Herrm. Kreutler, Schneidermeister; Mina, Vater Aug. Fritsch, Metzger; Hilda, Vater Wilh. Bär, Spezereihändler; Engelbert Hermann, Vater Josef Keilbach, Wieselweibel; Margarete Berta, Vater Karl Frey, Bahnarbeiter.

Achtung! Fahrräder Achtung! aller Art mit Freilauf von 62.- Mk. an, auch gebrachte Damen- u. Herrenfahrräder (Teilzahlung gestattet). Gebrauchte Fahrräder werden in Zahlung genommen. Erfahrene aller Art: Schläuche, und Mäntel billig, Einsehen von Freilauf-Naben, emaillieren und vernickeln. Sämtliche Fahrrad-Reparaturen gut und billig. Fahrrad-Handlung und Reparaturwerkstätte W. Kronenwett, Marienstr. 15.